

Posener Tageblatt



Bezugspreis: Im Posener durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— zł. Einzelnummer 0.25 zł, mit Illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwirzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanweisung: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200288 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achteckige Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die vierseitige Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwirzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Photo-Apparate

größte Auswahl
nur bei

Foto-Greger

Poznań
ul. 27 Grudnia 20.

70. Jahrgang

Freitag, 8. Mai 1931

Nr. 105

Heute:

Politik:

Leitartikel: Duell Amerika-Europa. Polnische Vorbereitungen für Genf. — Neue französische Schachzüge. — Vor einer Wendung. — Deutschland und Rumänien. — Bei den Lords. — Studentenunruhe in Posen. — Kommunistenprozeß in Wilna. — Beratungen der Wirtschaftskommission.

Aus aller Welt:

Weltpolitische Beobachter. — Die Sahara als neues Paradies der Menschen.

Handel:

Die Silberfrage. —

Studentenunruhe

Gestern mittag fand im Vestibül der Universitätsaula eine von der Spigenorganisation der Posener Studenten einberufene Versammlung statt, in der man gegen die „Danziger Provokationen“ protestieren sollte. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des Posener Studentenkommitees, Zbigniew Kajlowski, indem er zunächst den Vertreter des Senats, Prof. Dr. Jaga-Bylowski, begrüßte. Eine längere Ansprache hielt darauf ein Mitglied der allpolnischen Jugend, Jan Tarnowski, der u. a. betonte, daß die Danziger Frage auf gleicher Stufe mit der Frage Kommerells behandelt werden müsse. Es hülfe weder Handels- noch Niederlassungsverträge, sondern nur die harte Faust der Polen. Die Erfahrungen der Geschichte hätten gezeigt, daß der Weg zum großen Polen nur über Danzig führe. Man müsse das Testament Chrobry in die Tat umsetzen. Im Namen des Vertreters der polnischen Studenten in Danzig, der, wie es heißt, aus bestimmten Gründen nicht habe sprechen können, legte der Vorsitzende der Posener „Bratnia Pomoc“, Marjan Pułacki, eine Entschuldig vor, in der die Regierung aufgefordert wird, eine entschiedene Haltung einzunehmen, während an die Bevölkerung die Aufforderung zum Boykott der Danziger und deutschen Waren, Kurorte und Geschäfte erging. Nach Schluß der Versammlung, die mit der Bitte um ruhiges Auseinandergehen ihr Ende fand, wurden deutsch-feindliche Rufe ausgestoßen, und man begab sich zu Bieren nach dem Plac Wolności, wo nach einer Ansprache des Bizevorsitzenden der allpolnischen Jugend, Władysław Kosiński, gelobt wurde, im Kampfe mit den „Gefährten des Deutschtums“ nicht zu ruhen. Nach Abfassung der „Nota“ und des Liedes „Noch ist Polen nicht verloren“ gingen die Manifestanten auseinander.

Kommunistenprozeß in Wilna

Warschau, 7. Mai. (Eig. Telegr.)

Das Wilnaer Bezirksgericht hat gestern gegen fünf Mitglieder der technischen Zentrale der kommunistischen Partei Westrußlands verurteilt. Im August 1930 wurde von den Wilnaer Untersuchungsbehörden bei einigen Wilnaer Bürgern kommunistisches Material gefunden, das aus Sowjetrußland herübergeschmuggelt war. Die betreffenden Organe beschlagnahmten insgesamt 60 000 Exemplare kommunistischer Literatur, die auf diesem Wege nach Polen geschmuggelt waren. Mit dem Herübergeschmuggeln des Materials hat sich eine gewisse Maria Smolowska befaßt, die seinerzeit zur Beerdigung ihres Bruders nach Sowjetrußland gefahren war. Dabei hatten die Sowjetbehörden sie festgenommen und verurteilt. Sie konnte nach Polen zurückkehren, nachdem sie versprochen hatte, kommunistische Propaganda in Polen zu treiben. Das Bezirksgericht erkannte gegen zwei der Kommunisten auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen zwei weitere auf 6 Jahre Zuchthaus und gegen die Smolowska auf ein Jahr Gefängnis.

Bestätigtes Urteil

Warschau, 7. Mai. Das Wilnaer Appellationsgericht hat das Urteil des Bezirksgerichts, durch das die ehemaligen Abgeordneten der weißrussischen Gomada, Gwarski und Dworkanin, zu 6 Jahren Gefängnis wegen Anstiftung von Unruhen verurteilt worden waren, bestätigt.

Neue französische Schachzüge

Tote Geste — Dr. Schober über die Regionalverträge

(Telegramm unserer Berliner Redaktion)

Pr. Berlin, 7. Mai.

Eine Reihe neuer französischer Schachzüge gegen die deutsch-österreichische Zollunion ist in Szene gesetzt worden. So wird gemeldet, daß das Kontrollkomitee für die österreichische Völkerbundsanleihe auf den 12. Mai nach Genf einberufen worden ist. Der Anleihekomitee für die Völkerbundsanleihe funktioniert also ausgezeichnet. Die Einberufung der Kontrollkommission ist nur als ein taktisches Mittel anzusehen, das Frankreich in Szene setzt, um Österreich von seinem Unionsplan mit Deutschland abzubringen. Die österreichischen Vertreter werden der Kommission alle jene Unterlagen, die dem Wirkungskreis der Kommission angehören, vorlegen. Sie werden sich aber entschieden gegen jede Übersetzung der Zuständigkeit der Kommission wehren.

Ein zweiter Schachzug der Franzosen ist darin zu erblicken, daß, wie das Völkerbundssekretariat mitteilt, Frankreich sich bereit erklärt hat, die Genfer Handelskonvention vom 24. März zu ratifizieren und bis zur Genfer Tagung die Ratifizierungsurkunden beim Völkerbundssekretariat hinterlegen wolle. Die französische Regierung trägt bekanntlich die Schuld daran, daß die Zollkonvention nicht zustande kam. Der Vorsitzende der Zollkonferenz, der ehemalige holländische Ministerpräsident Collijn, hat ausdrücklich festgestellt, daß die Konvention hinsichtlich geworden sei, da ihre Inkraftsetzung bis 1. April d. Js. nicht habe erfolgen können. Diese Auffassung wird vom Völkerbundssekretariat geteilt. Wenn Frankreich nun eine Konvention, die prak-

tisch nicht mehr existiert, noch ratifiziert, so ist das nur eine leere Geste, die keinen praktischen Zweck hat und nur im Hinblick auf die großen Handels- und zollpolitischen Auseinandersetzungen in Szene gesetzt ist.

Nachdem zu dem Sauerwein-Interview mit Schober von österreichischer maßgebender Seite erklärt wurde, daß verschiedene in diesem Interview erwähnte Ausdrücke Schobers nicht den Tatsachen entsprächen, hat nun der österreichische Außenminister und Bizekanzler in einem Vortrage in der Delegation für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands über die Neuordnung Europas und Österreichs gesprochen. Dr. Schober erklärte darin, daß er in Genf im Jahre 1930 unter dem Beifall der Mehrheit den Vorschlag zu regionalen Wirtschaftsverträgen gemacht habe. Derselbe Grundgedanke gab auch der Zollunion das Gepräge, und es sei unverständlich, wie er nun als Friedensstörung in Europa begünstigt werden könnte. Österreich hofft in Genf nicht nur einen, sondern bereits zwei Regionalverträge mit Nachbarstaaten vorlegen zu können. Österreich und Deutschland würden in Genf in voller Zuversicht ihre Abmachungen über den Unionsplan der juristischen Prüfung unterwerfen. Denn es stehe bereits fest, daß dieses Abkommen keine Verträge verletze.

Außenminister Dr. Curtius wird am Sonntagabend auf dem Bankett der ausländischen Presse eine Rede halten, in der er auf die französische Taktik gegenüber der deutsch-österreichischen Zollunion eingehen dürfte.

Polnische Vorbereitungen für Genf

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 7. Mai.

In polnischen Regierungskreisen werden eifrig Vorbereitungen für die Genfer Völkerbundstagung getroffen. Die Zusammenkunft der polnischen Delegation ist zur Zeit noch nicht endgültig entschieden. Vor der Abreise nach Genf wird der Außenminister noch im Generalinspektorat der Armee, d. h. bei Marschall Piłsudski, empfangen werden. Mit der Genfer Angelegenheit wird sich ferner der Ministerpräsident beschäftigen, der sich außerdem über die vorgelegten Projekte der Reform der Beamtenpragmatik und der Novellierung der Selbstverwaltungen äußern wird. Die polnische Delegation wird wahrscheinlich am 12. oder 13. d. Mts. nach Genf abreisen. Da den Genfer Beratungen eine Sitzung der Paneuropa-Kommission vorausgehen wird, so wird sich Mini-

ster Zaleski nach Genf über Paris begeben. Er wird voraussichtlich begleitet werden von den Ministerialräten Raczyński und Sokolowski sowie dem General Kasprzyski. Aus Berlin soll an den Genfer Verhandlungen außerdem der Botschaftsrat Mühlstein teilnehmen.

Die polnische Vertretung beim Völkerbund hatte dem Generalsekretariat bereits den Bericht der polnischen Regierung überreicht über die Schritte, die die polnische Regierung in Anbetracht der Uebertretungen der Genfer Konvention in der Vorwahlzeit unternommen hat. Bekanntlich wurde auf der letzten Völkerbundstagung die polnische Regierung beauftragt, Bericht zu erstatten darüber, was sie für eine Wiedergutmachung der Uebertretung von zwei Punkten der Genfer Konvention durch polnische Behörden und die polnische Bevölkerung gegenüber der deutschen Minderheit getan hat.

Vor der außerordentlichen Sejmession

Warschau, 7. Mai. (Eig. Telegr.)

Bekanntlich soll Ende des Monats die außerordentliche Sejmession einberufen werden. Wie aus fester Quelle verlautet, wird auch diesmal der auf der vorigen Session eingeführte Brauch einer genauen Umschreibung der zur Verhandlung kommenden Punkte durchgeführt werden.

Erleichterungen für die Beamten

Warschau, 7. Mai. (Eig. Telegr.)

Am 4. d. Mts. ist ein Rundschreiben erlassen worden, durch das den Beamten gewisse Erleichterungen bei der Rückzahlung von Vorschüssen gewährt werden. Auf diese Weise bemüht sich die Regierung, die schweren Folgen der Gehaltsherabsetzung wieder ein wenig zu mildern.

Beratungen des Wirtschaftskomitees

Warschau, 7. Mai. (Eig. Telegr.)

Die vor einigen Tagen ausgenommenen Wirtschaftsberatungen innerhalb der Regierung dauern an. Gestern vormittag hatte Ministerpräsident Sławek eine längere Konferenz mit dem Verkehrsminister Kühn gehabt und danach den Landwirtschaftsminister Janta-Polczyski empfangen. Hernach konferierte der Ministerpräsident noch mit Bizeminister Pieracki und dem Handelsminister Pryjor. Am gestrigen Nachmittag fand ferner eine Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates unter der Leitung des Ministerpräsidenten statt, die 3 Stunden dauerte. Auf der Sitzung wurden eine Reihe grundsätzlicher Fragen erledigt, die auch mit der Londoner Konferenz der Weizenexport-Staaten zusammenhängen. Außerdem ist auf der Ministerpräsidentenkonferenz die Frage der Umgestaltung der Zegluga Polska in eine Aktiengesellschaft besprochen worden. Näheres über das Ergebnis der gestrigen Beratungen ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Duell Amerika — Europa

Hoovers Gardinenpredigt. — Ist Amerika an der Weltkrise schuld? — Pirelli, der stolze Europäer. — Deutschland zwischen Europa und Amerika? — Reparations-Moratorium?

Nach der Auffassung der alten diplomatischen Schule ist die Sprache dazu da, die Gedanken zu verbergen. Moderne Wirtschaftspolitiker denken darüber anders. Die Begrüßungsreden auf der großen Washingtoner Konferenz der Internationalen Handelskammer haben es wieder bewiesen. Das war ein Schauspiel, wie die Welt es schon lange nicht mehr gesehen hat: Europa und Amerika standen sich in der Person ihrer Wirtschaftsführer gegenüber und jagten einander die Wahrheit, daß es nur so klatschte. Natürlich blieb man höflich und nett zueinander, aber trotz der zivilisierten Form bekam jeder zu hören, was der andere von ihm dachte. Und das war nichts Freundliches.

Herr Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, ist in seinem Lande nicht sonderlich beliebt, weil er das Recht hat, daß gerade unter seiner Herrschaft die amerikanische Wirtschaftskatastrophe losbrach. Trotzdem ist er mit seiner Rede, die er jetzt vor der Internationalen Handelskammer gehalten hat, des Beifalls so gut wie aller seiner Landsleute sicher. Wie er gesprochen hat, so denkt Amerika. Er hat dem verdammten Europa eine heftige Gardinenpredigt gehalten. Und die Bürger von „Gottes eigenem Land“ sind ja schon seit langem davon überzeugt, daß sie vom Weltenschöpfer dem rückständigen alten Erdteil zum Vorbild ausersehen seien.

„Ihr seid selbst an eurem Elend schuld!“, so sprach der amerikanische Präsident zu Europa wie der reiche Mann zu dem armen Verwandten. Ganz unrecht hat er ja gewiß nicht. Mit einer Welt, die jährlich mehr als 20 Milliarden Mark für Kriegsrüstungen ausgibt, hat Amerika kein Mitleid. Es hat freilich gut reden, daß seine eigenen Landstreitkräfte stärker herabgesetzt seien als die aller anderen Mächte. Die Vereinigten Staaten haben keine irgendwie bedrohte Landgrenze. Was die Seerüstung betrifft, so sind sie vorläufig zufrieden, auf gleichem Fuß mit England angelangt zu sein. Trotzdem bleibt es wahr, daß Amerika durch seine ganze wirtschaftspolitische Stellung in der Welt einer der stärksten Bewahrer des Friedens sein sollte. Seine Geschäfte werden am besten gehen, wenn die übrige Welt ihr Geld nicht in Rüstungen verpulvert.

Die Gouvernantenrede Herrn Hoovers kam nicht von ungefähr. Er wußte, daß Amerika wegen seiner wenig kameradschaftlichen Zurückhaltung gegenüber der europäischen Verwirrung auf der Konferenz einiges zu hören bekommen werde, und wählte daher den Sieb als beste Parade. Bereits vor einigen Wochen war in Amerika das Referat des deutschen Delegierten Dr. Dernburg bekanntgeworden, in dem Amerika Schuld gegeben wurde, daß es durch seine riesigen Zölle die Weltwirtschaftskrise mit verursacht habe. Diese Ausführungen Dernburgs haben den Amerikanern heftig mißfallen. Jetzt hat ihnen der Italiener Pirelli das gleiche gesagt. Pirelli ist einer der bedeutendsten internationalen Wirtschaftspolitiker, er ist Ehrenpräsident der Internationalen Handelskammer, und sein Name steht unter dem Dawesplan. Er hat in seiner Antwort an Hoover den

Amerikanern eine wirtschaftspolitische Gegenvorlesung gehalten, die so klang, als ob ein Professor einen Studenten im ersten Semester in die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe einführen wolle. Birelli verkündete die unbestreitbare Wahrheit, daß Gläubigerstaaten stets mehr einzuführen müssen, weil sie im Grunde ihre Zinsen und Amortisationen immer nur in der Form von Waren bekommen können. Aber Amerika wolle von einer Einfuhr aus Europa, obwohl es dessen Gläubiger sei, nichts wissen, sperre sich durch Schutzzölle ab und suche seinerseits Europa mit Waren zu überschwemmen. „Und dies ist vollendeter Unsinn“, so hätte Herr Birelli schließen können. Er tat es nicht, denn die Konferenzteilnehmer blieben, wie gesagt, höflich und nett zueinander. Aber die Amerikaner dürften ihn wohl richtig verstanden haben.

Einmal hob auch Herr Birelli seine Stimme zu einer starken Betonung des europäischen Selbstbewußtseins. Das war, als er die in Amerika weit verbreitete Meinung zurückwies, Europa sei ein greisenhafter Erdteil. Ja, er führte Zahlen an, die beweisen sollten, daß Europa in den letzten Jahren eigentlich wirtschaftlich erfolgreicher gewesen sei als Amerika. Man kann dahingestellt sein lassen, ob das erstens richtig und zweitens klug war. Wenn Europas wirtschaftlicher Aufschwung durchschnittlich nicht ganz so jäh wie der amerikanische, so ist es auch sein vorheriger Aufstieg nicht gewesen. Aus diesen stolzen Tönen Birellis machte dann der Franzose Barmentier eine deutlichere Musik. Er sang das Lied der europäischen Wirtschaftsunions, eines wirtschaftlich geeinten Europas unter der Herrschaft der Kartelle, die Hand in Hand und von Land zu Land dafür sorgen werden, daß die Preise hoch genug bleiben und nicht zu wenig verdient wird.

So haben sich der amerikanische Präsident und die Wirtschaftsdelegierten aus ehemaligen Ententeländern gegenseitig heiß geredet. Wo steht Deutschland in diesem Streit? Nach Hoover hat der amerikanische Delegierte Mr. Strawn an die deutsche Adresse zwei interessante Bemerkungen gemacht. Er hat einmal zu verstehen gegeben, Deutschland sollte doch nicht in die allgemeine Meinung einstimmen, daß die Vereinigten Staaten schuld an der Weltkrise seien. Und zweitens hat er über die Zwangslast der Reparationen eine Sache gesagt, wie man sie seit langem aus Amerika nicht hörte. Er gab zu, daß Deutschland einen Anspruch auf eine gewissermaßen moralische Goldklausel hätte; die Reparationslast sei durch den Fall der Weltpreise schwerer geworden. Falls Deutschland ein Moratorium beantrage, werde es in der amerikanischen Geschäftswelt großes Verständnis finden. Gleichzeitig hat Mr. Sackett, Amerikas Botschafter in Berlin, in einem Interview auf den Widerspruch hingewiesen, daß Deutschland an Kapitalmangel leide und trotzdem gewaltige Ausgaben leisten müsse.

Wollen sich vielleicht die Amerikaner für ein Reparationsmoratorium interessieren? Herr Strawn sagte im selben Atemzuge, eine Herabsetzung der alliierten Kriegsschulden an Amerika sei ausgeschlossen. Aber man könne vielleicht die Zahlungsfristen verlängern. Kriegsschulden und Reparationen hängen bekanntlich eng zusammen. Der Amerikaner will Deutschland und seinen alliierten Reparationsgläubigern, die beide seine Schuldner sind, Zeit lassen. Das ist zunächst alles, zahlen soll Deutschland trotzdem, wenn auch langsamer. Ist ihm aber mit Aufschub, mit einem Moratorium gedient? Deutschland wird gut tun, nichts zu übereilen. Es ist nicht gut, in der Hast den Reparationswagen auf ein falsches Geleise zu schieben!

„Graf Zeppelins“ Polarflug

Der Vertrag abgeschlossen

Am Mittwoch ist in Berlin zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und der amerikanischen Hearst-Presse ein Abkommen abgeschlossen worden, wonach mit dem „Graf Zeppelin“ eine wissenschaftliche Expedition in die Polargegend unternommen wird, mit dem ausdrücklichen Zweck, einen Versuch zu unternehmen, mit einer von Sir Hubert Wilkins im „Nautilus“ unternommenen Unterseeboots-Expedition in Verbindung zu treten und sie, wenn möglich, an oder in der Nähe des Nordpols zu treffen.



Verlobung der Prinzessin Ileana

Nach einer Meldung aus Bukarest hat sich die Prinzessin Ileana aus Rumänien, die jüngste Schwester des Königs Carol, mit dem Herzog Anton von Habsburg verlobt. Der Bräutigam ist 30 Jahre alt und ein bekannter Aviatiker; er wohnt in Barcelona und ist mit der spanischen Königsfamilie verwandt. Die Hochzeit wird im Juni in Rumänien stattfinden.



Vor einer Wendung

Kriegsschulden — Die Tributzahlungen — Eine neue Diskussion

(Telegr. unserer Berliner Redaktion.)

P.R. Berlin, 6. Mai.

Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die deutschen Zahlungen in einigen Monaten, wenn nicht in Wochen, vielleicht gleich nach der Genfer Mittagspause, wiederum im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen werden. Es sind von Seiten der deutschen Diplomatie nach einigen Richtungen Fühlungen im Gange, die eine Neuauflage der Reparationsfrage bezwecken. Diese Bemühungen scheinen von einigem Erfolg gekrönt zu sein. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung nach ihrem ersten aktiven Schritt in der Außenpolitik, die sie mit dem deutsch-österreichischen Zollabkommen tat, nun allen Ernstes gedankt, energisch die Forderung einer Herabsetzung oder zumindest Stundung der Schulden zu stellen. Diesem Vorstoß dürfte dann die Aufrollung des weiteren außenpolitischen Programms folgen, das in seinen Einzelheiten noch nicht festgelegt, in den Grundzügen jedoch seit langem bekannt ist.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, ist in Washington kurz vor der internationalen Handelskonferenz eingetroffen. In den Reden der amerikanischen Delegierten zu dieser Konferenz war deutlich der neue Wind zu spüren, der in der amerikanischen öffentlichen Meinung in bezug auf die deutschen Zahlungen weht. Präsident Hoover hat den Standpunkt der amerikanischen Regierung auf die Formel konkretisiert: kein Kriegsschuldennachlaß ohne Abstrich. Die Begleitmusik hierzu waren aber die Reden der amerikanischen Wirtschaftsführer mit dem Leitmotiv: die deutschen Zahlungen können in keinen Zusammenhang mit den Kriegsschulden gebracht werden. Die deutschen Delegierten wiesen auf die schwere Lage der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft hin. Besonders freundlich wurde die Rede des früheren Ministers Ham ausgenommen, der im Rahmen sachlich-wirtschaftlicher Ausführungen betonte, daß der jetzige Zustand, bei dem Zahlungen großen Umfangs erfolgen und die nationalökonomische Binsenwahrheit der Abhängigkeit der Geldleistungen von Warenlieferungen ignoriert werde, unhaltbar sei.

Die Rede des Finanzministers Dietrich gibt schon einige Anhaltspunkte dafür, daß die deutsche Regierung keine Möglichkeit einer Finanzierung ohne Entgegenkommen der Mächte in der Schuldenfrage sieht. Es verläutet nun, daß in maßgebenden Kreisen der Gedanke besteht, nach Fertigstellung des Sanierungsplanes, also wahrscheinlich kurz nach Genf und kurz vor Chequers eine Art Memorandum an die Young-Mächte zu richten, in dem unter Berufung auf die schweren Soziallasten, auf die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise und den hiermit in Zusammenhang stehenden katastrophalen Rückgang der Steuereinnahmen, ein Zahlungsausschub verlangt werden soll. Kurz danach dürfte die deutsche Regierung (nach der Zusammenkunft in Chequers) an die Mächte mit dem Vorschlag herantreten, eine neue Konferenz zur Aussprache über das Schuldenproblem einzuberufen. Man glaubt hierbei, daß wenn Amerika hier einmal mit größeren Krediten oder zumindest mit der Konvertierung der kurzfristigen Anleihen in langfristige an Deutschland gelangt hat, es sich schließlich auch zum B einer Aufrollung des gesamten Kriegsschuldenproblems versteht. Es besteht auch über diesen Weg die Möglichkeit, eine erneute deutsch-französische Verständigung anzubahnen.

Eine Revision

„unwirtschaftlicher“ Schulden?

New York, 7. Mai. (R.) Die heutigen Morgenausgaben der „New York Times“ und namentlich der „Herald Tribune“ bringen in großer Aufmachung Berichte über englische Bemühungen, die auch von der deutschen Delegation unterstützt würden, um die Formulierung eines Beschlusses fertigzustellen, wonach die Internationale Handelskammer eine

Studienkommission zur Revision des Problems „unwirtschaftlicher“ Schulden einsetzen soll. Das Hauptargument für diese Bestrebungen soll nach Ansicht dieser Zeitungen das Mißverhältnis zwischen den Schuldverpflichtungen und dem Fallen der Warenpreise um 25 bis 30 Prozent sein. „Herald Tribune“ weist darauf hin, daß mit dem Widerstand der französischen Delegation zu rechnen sei, und „Times“ hebt gleichfalls hervor, daß über die Frage der Annahme der Resolution wahrscheinlich noch eine große Debatte zu erwarten sei.

Washington, 7. Mai. (R.) In den Kreisen der Internationalen Handelskammer geht das Gerücht um, die britische Delegation erwäge, ob es nicht zweckmäßig sei, in einer der nächsten Sitzungen der Handelskammer eine Entschließung über Kriegsschulden und Abstrichung einzubringen. Die Mitglieder der Delegation lehnten es ab, sich zu diesem Gerücht zu äußern. Es verläutet, daß andere Delegationen mit der britischen über diese Entschließung beraten hätten.

Landwirtschaftsfragen vor der internationalen Handelskammer

Washington, 7. Mai. (R.) Vor der internationalen Handelskammer wurde als zweite Hälfte des Programms die Not der Landwirtschaft erörtert. Professor Russell von der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Wisconsin bezeichnete als ein Hauptfordernis die Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung, insbesondere des Weizenbaues, auf die Bedürfnisse des einheimischen Marktes. Ein bedrohliches Problem stelle Rußlands fünfjährige Plan und Rußlands Entschluß dar, die Anläufe von industriellen Maschinen durch Ausfuhr von Weizen zu bezahlen. Solange Rußland auf ausländische Kredite angewiesen sei, werde es sowohl Weizen, wie Holz und Manganeerz zu irgendetwas Preis aus Ausland abgeben, um Geld hereinzubekommen, und Amerikas Ausfuhr auf Weizenausfuhr würden immer geringer. Dies sei nicht die einzige Ware, in der die Vereinigten Staaten durch Rußland auf dem Weltmarkt bedroht würden: Rußlands Baumwollproduktion stieg von 41.000 Ballen im Jahre 1921 auf 2 Millionen Ballen 1930 und 1932 würde Rußland keine ausländische Baumwolle mehr zu kaufen brauchen. Andere Länder schützten sich durch Zölle vor der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Deutschland sei hierin am weitesten gegangen. In den letzten 16 Monaten habe Deutschland den Weizen Zoll um über 230 Prozent erhöht, auf das fast Doppelte des Weltmarktpreises. Frankreich habe seinen Weizen Zoll verhältnismäßig noch stärker gesteigert, nämlich um 400 Prozent in 4 Jahren, wenn auch der tatsächliche Zoll nur wenig mehr als die Hälfte des deutschen Zolls betrage. Amerika habe genau so gehandelt. Die einzige Hoffnung für die Landwirte liege jetzt in „Moratorium“ für die landwirtschaftlichen Produkte.

Amerikanische Zollsenkungsbestrebungen

New York, 7. Mai. (R.) „New York Times“ meldet heute die Gründung des „Nats zur Zollherabsetzung“, einer Organisation, der führende Wirtschaftspolitiker und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören. Die neue Vereinigung hat an den Präsidenten der Internationalen Handelskammer T. H. U. ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß sie auf den amerikanischen Kongress im Sinne einer Zollherabsetzung einwirken werde.

Das deutsch-österreichische Zollproblem in der französischen Kammer

Paris, 7. Mai. (R.) Heute nachmittag beginnt in der Kammer die Aussprache über das deutsch-österreichische Zollproblem. Die Zahl der Interpellanten, die bisher sechs betrug, hat sich auf neun erhöht. Es werden interpellieren der Vorsitzende des Zollausschusses der Kammer, der bekannte Abgeordnete Etienne Fougere (Vintzenne), der Professor für Volkswirtschaftslehre, Abg. Rogaro (Narbonne), die beiden der Fraktion Maginot angehörenden Abgeordneten Porin und der Blinde Scapini, der radikale

Abg. Margaine, der der unabhängigen Linken angehörende Abg. Thibault, der Kommunist Cachin und Franklin Bouillon.

Die Antwortrede Briands wird erst für morgen nachmittag erwartet. Nach dem offiziellen „Petit Parisien“ ist eine starke Mehrheit für die Regierung zu erwarten, jedoch verspreche die Diskussion einen heißen, wenn nicht sogar bewegten Verlauf zu nehmen. Ministerpräsident Poincaré werde vor der Abstimmung das Wort ergreifen, um die Solidarität der gesamten Regierung mit Briand und die Einheitlichkeit der französischen Politik zum Ausdruck zu bringen.

Deutschland und Rumänien

P.R. Berlin, 6. Mai.

Eine Meldung, die Bukarest amtliche Kreise über die Wiener Vertretung des W.B. Iancu haben, deutet darauf hin, daß man in Bukarest den scharfen Abbruch der eben eingeleiteten deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen als peinlich empfindet und einen Weg nun finden will, auf dem sich die erneute Einleitung der Verhandlungen ermöglichen ließe. In der Meldung heißt es sogar, die rumänische Regierung sei bereit, Deutschland Genußung für diesen etwas übereilten Schritt der rumänischen Diplomatie zu gewähren.

In Berliner Kreisen ist man weit davon entfernt, aus der Verschiebung der Abreise der deutschen Delegation eine Prestigeangelegenheit zu machen. Es ist hier schon mitgeteilt worden, daß für die deutsche Regierung die wirtschaftlichen und sachlichen Erwägungen maßgebend sind und daß man damit rechnet, daß die Verhandlungen gleich nach Genf wieder aufgenommen werden, um so mehr, als die Konferenz der kleinen Entente nur wiederum ergeben hat, daß die Staaten der kleinen Entente nicht in der Lage sind, durch gemeinsamen Entgegenkommen der wirtschaftlichen Notlage der südosteuropäischen Staaten Abhilfe zu schaffen.

Eine polnische Entenfarm

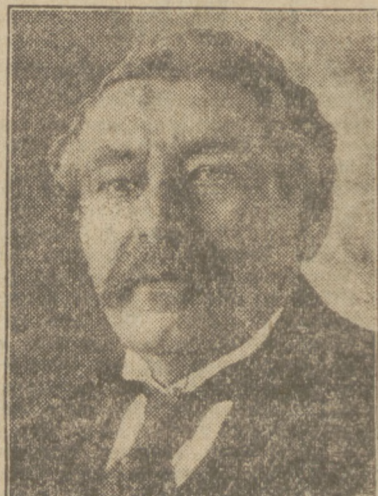
Der „Krautauer Illustrierte Kurier“

Der „Krautauer Illustrierte Kurier“ hat dieser Tage eine ganz besonders „sensationsvolle Entdeckung“ gemacht. Das Blatt hat ein Militärabkommen zwischen Deutschland und Italien gefunden, zu dem auch Sowjetrußland in loyaler Bindung steht. Italien habe sich von Deutschland die Anerkennung aller Kolonialansprüche geholt und gewähre dafür nun seinen Einfluß auf die „Siegerstaaten“, um die Leistungen nach dem Youngplan auf ein Minimum herabzusetzen. So beständen die Deutschen freie Hand gegen Polen. Zwar gelten noch offiziell allerlei Verbote kriegstechnischer Art nach dem Versailler Vertrag. Aber die könne Deutschland jetzt herrlich umgehen; Italien sei gern bereit, für Deutschland und auch für Rußland Unterseeboote in riesigem Ausmaße zu bauen, die zwar zunächst noch unter italienischer Flagge laufen, aber im „gegebenen Augenblick“ bereitstehen. Krupp müsse Kanonen für Italien liefern, Sowjetrußland habe zu gleicher Zeit Bombenflugzeuge herzustellen und zu liefern. Schließlich sei auch eine große Fusion der chemischen Industrieen zustande gekommen, so daß nun ein Austausch aller interessanten Patente erfolgen könne.

Zum Heile Polens konnte der „Krautauer Illustrierte Kurier“ die wichtigsten Austauschobjekte erfahren. Die deutsche Industrie gibt den Italienern das Geheimnis der Herstellung synthetischen Benzins preis. Italien läßt sich nicht lumpen, es teilt die neue Marconi-Entdeckung mit, die es gestattet, mit Funkwellen Flugzeuge in der Luft in Brand zu stecken. Sind es auch noch die herabgesetzten „Todesstrahlen“, so läßt sich doch schon mit diesem technischen Fortschritt allerlei Unheil anrichten — selbstverständlich zum Schaden der polnischen Armee, meint das Krautauer Blatt. Ohne sich sonderliche Belohnung zu machen, daß es in der ganzen Welt mit diesen seinen „Entdeckungen“ ausgelacht werden wird. Ganz besonders in Berlin und Rom.

Ueberschwemmungen in Rußland

Moskau, 7. Mai. (R.) In Südwest-Rußland sind durch große Ueberschwemmungen zahlreiche Städte und Dörfer heimgesucht worden. Die Behörden haben umfangreiche Hilfsmaßnahmen eingeleitet.



Briands Präsidentschaft gesichert?

Aristide Briand

In Frankreich wird am 13. Mai von der Nationalversammlung in Versailles, also der gemeinsamen Tagung des Senats und der Kammer, die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorgenommen werden. Nach langen Vorbereitungen tritt jetzt die von vornherein erwartete Kandidatur Briands in den Vordergrund.

Die französischen Flugzeuge bewährten sich nicht

Eine Stadtverordnetenversammlung ohne Ergebnisse — Immer noch
Wilson-Denkmal — Der Selbstmord der „Aero“ — Die reingefallenen
Privatgläubiger

jr. Posen, 7. Mai.

Es war die reichlich komplizierte Angelegenheit der Flugzeuggesellschaft „Aero“, die gestern die Stadtverordneten in der Hauptsache beschäftigte, so daß für die Erledigung der Lohn- und Arbeitsverträge keine Zeit mehr war. Dabei ist die als Hauptgegenstand der Beratungen erörterte Frage nicht einen Zentimeter vom Fleck gebracht worden. Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende, Herr Hedinger, dem verstorbenen Stadtverordneten Mazurkiewicz einen warmen Nachruf, um zugleich den Nachfolger Stanislaw Filipowski einzuführen.

Unter den eingegangenen Schriftstücken ist ein Antrag auf Herabsetzung der Mieten in den Magistratshäusern.

Von den weiteren Eingaben sei erwähnt, daß von kaufmännischer Seite darüber geklagt wurde, daß gerade zur Osterzeit von den Gerichtsvollzugsorganen zu Konfurrenzpreisen Wein verkauft worden seien. Dadurch wären die Interessen der Kaufleute geschädigt worden.

Stadt. Libera trug eine rätselhafte Pachtangelegenheit vor, die einen Speicher auf der Städtischen Umladestelle betraf und vom Stadtrat Slominski sofort richtiggestellt wurde.

Von den wichtigeren Punkten der Tagesordnung kam zunächst die Nichtbestätigung der Wahl des Stadts. Kalamajski zum unbesoldeten Stadtrat kurz zur Sprache. Man scheint hier völlig in eine Sackgasse geraten zu sein und ist augenblicklich nur in der Lage, eine beschleunigte Protestentscheidung zu verlangen.

Ueber die vielbesprochenen Irrfahrten des „Wilson“-Denkmals berichtete Stadts. Kalamajski. Man erfährt daraus als neues Moment die Tatsache, daß dem amerikanischen Bildhauer nach seiner Ankunft in Posen eine Erhöhung des Sockels vorgeschlagen werden soll. Dann werde sich wohl auch ein idealer Standort für das Denkmal finden lassen.

Zudem soll erst dann die endgültige Entscheidung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gefällt werden.

Im Sinne des Berichtes des Stadts. Wybie-ralski wurde die Rechnungslegung für das Jahr 1929/30 mit Vorbehalt der Finanztechnischer Natur bestätigt, unter Hinweis darauf, daß einige städtische Unternehmen nicht die verlangten Ueberschüsse brachten.

Darauf wurde ein Nachtragsskizzen in Höhe von 63.000 Zloty für den Umbau des Restaurants „Belvedere“ nach einem Bericht des Stadts. Gornicki bewilligt, mit dem Vorbehalt einer Nachprüfung, wer die Mehrausgaben verschuldet hat. Die Angelegenheit des Hotels „Polonia“ kam noch nicht zur Sprache, weil der Magistrat die Vorlage zu bestimmten Ermittlungen zurückgezogen hat. Die Vorlage über das Palmenhaus dürfte demnächst zur Diskussion gestellt werden, nachdem die schiedsgerichtlichen Erhebungen abgeschlossen sind.

Die Angelegenheit der „Aero“, über die zum Schluß der Sitzung Stadtverordneten-Vorsteher Hedinger selbst berichtete, läuft auf die Frage hinaus, wie weit die städtischen Körperschaften, die bei der genannten Firma mit entsprechenden

Garantien engagiert sind, zur Deckung der inzwischen entstandenen Fehlbeträge bzw. Schulden aufzukommen verpflichtet wären.

Nach dem Muster anderer Länder war Anfang 1925 zur Bekämpfung des Flugverkehrs zwischen Posen und Warschau die Flugzeuggesellschaft „Aero“ gegründet worden, ohne daß man über die Rentabilität dieser Linie, über Verzinsungs- und Amortisationsbedingungen ein klares Bild gehabt hätte. Erst später kam man dahinter, daß ein Flugzeug einer 3-4-jährigen und ein Motor z. B. einer einjährigen Amortisation bedarf. Die nötigen Garantien für das Unternehmen waren damals durch Zeichnung von Aktien in Höhe von 300.000 Zloty gegeben worden, wobei das Stabskommando Krawcowe vornehmlich beteiligt war. Das Unternehmen florierte aber nicht und war schon im Jahre 1927 dem Untergang geweiht. Da wurden von Seiten der Stadtverordnetenversammlung gewisse Maßnahmen als „Mandate der Obligationen oder — besser gesagt — Garantien“ der inzwischen verstorbenen Bankdirektor Buggel und der Stadtverordneten-Vorsteher Hedinger delegiert. Man trat in Konzeptionsverhandlungen mit der Regierung ein, die sich mit einer zehnjährigen Konzeption einverstanden erklärte und alle Betriebskosten tragen wollte, wenn das Stammkapital von Posen selbst aufgebracht würde, was auch in reichem Maße geschah. (Es handelt sich dabei um einige Millionen.) Als dann aber die auf streng kaufmännischer Grundlage aufgebaute Warschauer Flugzeuggesellschaft liquidiert wurde, mußte auch die Posener Firma als Parallelunternehmen mit dem 31. Dezember 1928 zu „fliegen“ aufhören und der Gesellschaft „Lot“ Platz machen. Inzwischen waren aber auf Grund der Garantien entsprechende Investitionen gemacht worden.

Die französischen Flugzeuge, die man anfangs ankaufte, bewährten sich nicht, so daß man sich für Fokker-Flugzeuge entschied.

Die Uebernahme in Regierungshände sollte der Vereinheitlichung des Flugverkehrs dienen. Die Verhandlungen sind nun seit dem Jahre 1929 recht intensiv geführt worden, ohne jedoch ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt zu haben. Auch die letzten Vorschläge, die auf eine Herabsetzung der Ansprüche und Abkauf des Flugmaterials hinausliefen, blieben bisher unbeantwortet, so daß der Berichterstatter sich schließlich gezwungen gesehen habe, die Angelegenheit irgendwie vom Fleck zu räumen.

Das Stadtparlament sollte sich bezüglich der Kontostände äußern und zur Deckung der Privatschulden (Gläubiger sind u. a. der frühere Wojewode Graf Binski, der General Majewski, der Stadtpräsident Kalamajski, der Vizepräsident Dr. Kiedacz, Landesstarost Begale u. a.) vorerst eine Summe von 40.000 Zloty zu bewilligen, auf die sich die fälligen Verpflichtungen belaufen sollen.

Darauf wollte aber die Versammlung nicht eingehen.

Stadts. Wobierski meinte, daß erst der Magistrat dazu Stellung nehmen sollte. Ueberdies könne man nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die „Aero“ eine Art Expositur der städtischen Verwaltung gewesen sei, da ja die Stadt auch keinen Einfluß ausgeübt hätte.

Nach einem Antrag Prof. Paczkowski, durch ein juristisches Sachverständigenkollegium die Frage entscheiden zu lassen, ob es sich lohne, weiter mit der Regierung zu verhandeln, und nach der Feststellung, daß die Regierung befestigt sei, einen Vertrag zu kündigen, wenn es mit Rücksicht auf das Wohl des Staates geboten sei, erklärte Dr. Starf, daß die beiden städtischen Vertreter nur als Kontrollreue delegiert worden wären, um zu sehen, wie das Geld verwendet würde. Es erwachte der Stadt keine finanzrechtliche Haftung daraus. Ueber die Leistung der Garantie brauche man nicht hinausgehen.

Nach einem nochmaligen Appell Prof. Paczkowski an die Stadtverordnetenversammlung, falls es nötig werden sollte, aus Preisgründen die geforderte Summe zu bedenken, wurde schließlich beschlossen, über die Anträge des arg in Schwulst geratenen Berichterstatters zur Tagesordnung überzugehen, was gleichbedeutend mit der Schließung der Sitzung war.

Kuzma zum Tode verurteilt

em. Posen, 6. Mai. Wie wir bereits berichteten, fand die Verhandlung gegen Kuzma und dessen Schwester Johanna, welche am 1. Dezember v. J. von der Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts zum Tode verurteilt wurden, am 22. April d. J. in Berufungsinstanz statt.

Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung vertagt, um die Angeklagte Kuzma einer ärztlichen Beobachtung auf ihren Gesundheitszustand hin zu unterziehen und eine Lokalbesichtigung am Tatorte in Januszewo, Kreis Scharoda, vorzunehmen.

Die Lokalbesichtigung fand am 5. d. Mts. statt. An ihr nahmen der Präsident Wonsch, die Richter Krzeminski, Kynawier, der Staatsanwalt Gaudinski, der Verteidiger Rechtsanwalt Tranczynski und die beiden Angeklagten teil. Der Stall, in welchem die Tat begangen wurde, ist 23 Meter lang und 6,28 Meter breit und massiv gebaut. Der Gemeindevorsteher behauptet, am kritischen Tage in dem Stall, welcher von außen verriegelt war, gewesen zu sein. Der Stall besteht aus einigen abgeteilten Räumen. In dem Raum, in dem die Ehefrau des Kuzma aufgefängt worden war, fand man etwas Dung, zwei leere Zementfässer, ein langes Brett und in dem Querbalken einen eingeschlagenen Haken. Der Abstand zwi-

schen Boden und Haken beträgt 2,85 Meter. Der Haken, an dem die Kuzma erhängt wurde, ist sehr stark und tief eingeschlagen. Die leeren Zementtonnen haben die Höhe von 72 Zentimetern und einen Durchmesser von 47 Zentimetern. Sie vermögen drei Personen zu tragen. Als die Angeklagte Johanna K. vom Gericht aufgefordert wird, auf das über die Tonnen gelegte Brett zu steigen, vermag sie dies scheinbar nicht. Sie gab nur unvernünftige Antworten.

Die Länge und Stärke der Schnur konnte nicht festgestellt werden, da diese verschwunden ist. Die Art der Schlinge wird von dem Polizeikommandanten demonstriert, der als erster am Tatort war.

Die Erhängte war 1,68 Meter groß. Von den Tonnen aus muß es für den Angeklagten eine Kleinigkeit gewesen sein, seine Ehefrau auf den Haken zu hängen.

Der Stall, in welchem die Tat ausgeführt wurde, besaß ein kleines Fenster, das vor der Tat mit Ziegelsteinen verdeckt wurde.

Die Lokalbesichtigung wurde um 1.30 Uhr nachmittags geschlossen.

Am 6. d. Mts. fand die Weiterverhandlung statt. Der Vorsitzende erteilte den sachverständigen Ärzten Prof. Dr. Horoszkiewicz und Borowiecki das Wort, welche die Angeklagte Johanna Kuzma auf ihren Gesundheitszustand und etwaige Geistesgestörtheit hin beobachtet hatten.

Die Sachverständigen halten die Angeklagte für geistig normal. Ihre irden Antworten bezeichnen sie als simuliert.

Der Staatsanwalt behauptet, die Beweisaufnahme in der Berufungsinstanz habe nur noch weitere belastende Momente für die Schuld der Angeklagten erbracht. Der Staatsanwalt beantragt, die Berufung als unbegründet abzuweisen und das Urteil der ersten Instanz, die Todesstrafe für beide Angeklagte, zu bestätigen. Sollten aber gerichtlichseits Bedenken gegen die Schuld der Angeklagten Johanna Kuzma bestehen, so bäte er, sie der Beihilfe für schuldig zu erklären und sie zu 10 Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Die Verteidiger Dr. Nowosielski und Tranczynski lehnen die Schuld der Angeklagten nicht für voll erwiesen an, da keine Beweise außer der Selbstbezeichnung des Angeklagten Kuzma vorlägen. Sie bitten, die Angeklagten aus Mangel an Beweisen freizupropen bzw. die Angeklagten wegen nicht vorläufiger Totschlags zu verurteilen.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende um 6.30 Uhr nachmittags folgendes Urteil:

Die Berufung des Angeklagten Kuzma wird als unbegründet abgewiesen und die Todesstrafe der ersten Instanz bestätigt. Die Berufung der Angeklagten Johanna Kuzma ist begründet, und das Urteil der ersten Instanz wird aufgehoben. Die Angeklagte Johanna Kuzma wird der Beihilfe für schuldig erklärt und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Tranczynski legte gegen das Urteil Berufung ein.

Wieder ein Raubüberfall bei Bromberg

X Bromberg, 6. Mai. In der letzten Nacht wurde auf die Wohnung der Frau Alwina Sieliska aus Groß-Strzelce ein Raubüberfall verübt. Die Banditen schlugen eine Fensterscheibe ein und gaben durch die Öffnung einen Schuß ab, der Frau Sieliska in den Unterarm traf. Einer von den Banditen warf sich darauf auf die Frau, die zu Boden fiel, und schloß sie noch einmal in den Kopf. Der zweite Bandit plünderte indes die Wohnung, wobei ihm 1200 Zloty und eine goldene Kette in die Hände fielen. Die Banditen liefen davon. Wie wir hören, droht der Frau keine Lebensgefahr. Sinter die Banditen wurde ein Polizeihund geschickt, so daß mit ihrer Festnahme gerechnet werden kann.

Riesenfeuer bei Gnesen

X Gnesen, 6. Mai. In Rakowoda brannten gestern insgesamt 4 Häuser, 2 Scheunen und 2 Ställe mit zahlreichen landwirtschaftlichen Geräten nieder. Das Feuer entstand in der Wirtschaft des Landwirts Konrad Behne. Ein heftiger Sturm trug es weiter und machte die Lösungsversuche wenig erfolgreich. Der Gesamtschaden wird auf 150.000 Zloty geschätzt.

Zum Mühlenbrand in Janowik

Der Verband deutscher Genossenschaften teilt uns mit:

„Die Nachricht über den Brand des Kornhauses Janowik in Nr. 104 des „Posener Tageblattes“ ist in wesentlichen Punkten unrichtig. Die abgebrannte Mühle gehört der Genossenschaft (nicht Aktiengesellschaft) Kornhaus Janowik, die von zahlreichen bäuerlichen Besitzern der Janowiker Gegend gebildet wird.“

Der Gesamtschaden dürfte 300.000 bis 400.000 Zloty nicht übersteigen.

Die Mühle auf Borräten ist versichert. Für den Verdacht der Brandstiftung liegt, wie uns mitgeteilt wird, nicht der geringste Grund vor, da sich der Geschäftsführer eines allgemeinen Vertrauens erfreut, das er sich durch langjährige gewissenhafte Arbeit im Dienste der Genossenschaft erworben hat.“

Wir freuen uns über diese Aufklärung, zumal leider die Vermehrung der Brandfälle häufig zur Verächtlichung bisher unbescholtener Persönlichkeiten führt.

Snomoclaw

z. Pferdemarkt. Der heute hier abgehaltene Pferdemarkt war nur mäßig besetzt, und die Umsätze waren auch nur gering. Der Auftrieb von Kälbern und Schweinen war verboten.

z. Solbadkonzerte. Die hiesige Solbadverwaltung gibt bekannt, daß die alljährlich statt-

Aus Pitschan, 6. V. 1931.

Im Mittelstandshaus „Cyril-Hof“ auf der Badesäule (mit den Bädern verbunden) sind noch Pauschalplätze für Gäste aus Polen zur Verfügung. Prospekt über Pitschan und seine Haus-türen durch: Biuro Pijezany, Poznan, Majsta-larja, Tel. 1895.

findenden Früh- und Nachmittagskonzerte mit dem 15. Mai beginnen werden. Mit der Ausgabe von ständigen Eintrittskarten zum Preise von 5 Zloty ist seitens der Verwaltung bereits begonnen worden.

z. Todesfall. Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied am 5. d. Mts. der langjährige Kirchendiener der hiesigen evangelischen Kirche, August Hoffmann. Der Verstorbene ist 58 Jahre alt geworden.

Klehto

O. Lichtbildervortrag. Die hiesige Volkshochschule veranstaltet am Sonntag, dem 10. d. Mts. in Ulanowo im Saale der Frau Kojuchowicz mit einem ihr gehörigen Apparat einen Lichtbildervortrag belehrenden und unterhaltenden Inhalts. Beginn 19 Uhr. Eintrittspreis für Kinder 30 Gr., für Erwachsene 50 Gr. Der Besuch kann besonders Jugendlichen empfohlen werden.

O. Das Fest der silbernen Hochzeit feierte am heutigen Tage das Ehepaar Malermeister Wintow hier. Die Gesangsvereinigung der Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe, deren langjähriger und bewährter Vorsitzender Herr Wintow ist, ehrte das Silberpaar durch ein am frühen Morgen dargebrachtes Ständchen und Ueberreichung einer Blumenkranz, die Ortsgruppe durch ein Geheft. Zahlreiche Glückwünsche aus Stadt und Umgegend bewiesen die allgemeine Wertschätzung, deren das Jubelpaar sich hier erfreut.

Eissa

k. Der gestrige Wochenmarkt war bei schönstem Wetter überaus reichlich besetzt. Man zahlte für das Pfund Butter 1,70—1,90, Weizen 0,35—0,40, die Mandel Eier 1,40—1,50. Am Gemüsemarkt zahlte man für das Pfund Rhabarber 0,40—0,50, Kopfsalat 0,15—0,25, Radieschen 0,25—0,30, Spinat 0,35—0,50, Mohrrüben 0,20, Schnittlauch 0,10, Kartoffeln 0,05—0,06, rote Rüben 0,10—0,15, Zwiebeln 0,50. Am Geflügelmarkt kostete ein Huhn 2,00—4,50, ein Paar Tauben 1,60—2,20 Zloty.

k. Holzversteigerung. Die Forstverwaltung Pitschan verkauft auf dem Wege einer freiwilligen Versteigerung eine größere Anzahl Birkenstämme aus dem Waldrevier Dambitsch Abt. 44, gegen sofortige Bezahlung, in Partien von 5—6 Stück. Die Länge der Stämme schwankt zwischen 4—14 Meter, der Durchmesser zwischen 9—18 Zentimeter. Sammelpunkt der Käufer am 13. d. Mts. vormittags 9 Uhr.

k. Zwangsversteigerung. Am Freitag, dem 8. d. Mts., vormittags um 11 Uhr werden auf dem Grundstück Schloßstraße Nr. 19 (ul. Wolnosci) ein Schreibmaschin („Adler“), ein Schreibtisch, ein Tisch, drei Stühle, ein Sofa sowie ein Personauto meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

k. Engl.-Kirchliches. Die Abgaben der Kreuzkirchengemeinde für das 2. Quartal 1931, sowie die noch ausstehenden Reste werden in der Zeit vom 10. bis 20. d. Mts. durch den Küster Pibde einkassiert.

k. Das hiesige Finanzamt gibt bekannt, daß bis zum 15. d. Mts. die erste Rate des Umsatzsteuer-Unterschiedes zwischen der Steuer-einschätzung für 1930 und den bereits geleisteten Anzahlungen, ferner die Vierteljahresanzahlung auf die Umsatzsteuer durch Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen 1. bis 5. Kategorie, die regelrechte Bücher führen, sowie die zweite Rate der Wohnungs- und Immobiliensteuer fällig sind. Außerdem sind alle anderen Steuern, die bis zum Mai gestundet wurden, zahlbar.

Mroschen

d. Die Bedrängten in Zabartowo in die Wohnung des katholischen Ortsgeistlichen ein. Sie entwendeten dabei wertvolle Gegenstände. Man will den Dieben bereits auf der Spur sein.

Neckthal

d. Es ist in Birkenbruch zu weiteren Ueberflutungen dadurch gekommen, daß die stark Wasser führende Lobsonta nicht genügend zur Neige geleitet wird, und daß andererseits durch die unverantwortliche Haltung der Gutsverwaltung Dabki, die zur Abdämmung der im Vorjahre neu angelegten Karpfenteiche das übrige Wasser einfach auf die Wiesen und Acker laufen läßt. Die Wiesen und Acker sind dadurch fast bis zu den Grundstücken unter Wasser. Infolgedessen ist an eine Bestellung gar nicht zu denken. Eine Intervention des Orts-schulzen soll bisher keinen Erfolg gebracht haben. Die Besitzverhältnisse sind in Dabki ungeklärt, insofern, als die stattgefundene Zwangsversteigerung wieder rückgängig gemacht werden soll. Aus diesem Grunde wird nichts unternommen, aber das Wasser kann die gesamte Ernte von Birkenbruch in Frage stellen.

Wirfisch

d. Die Chausseeverbindung Neckthal—Wirfisch ist trotz mehrfacher Ausbesserung derart schlecht, daß es für den Reisenden immer eine Qual ist, die Strecke im Autobus zurückzulegen. Es wäre mehr als notwendig, wenn man die Chaussee von Grund auf neu aufbessern würde. Erst im Herbst wurde dieselbe neu mit Kies beworfen. Naturgemäß ist dieses niemals Endzweck einer wirklichen Verbesserung. Dadurch, daß die Chaussee noch bergig liegt, ist es bei größeren Lasten schwierig, in dem ausgefahrenen Gleise sich fortzubewegen. Es wäre sehr notwendig, wenn sich der Kreis energisch mit der Aufbesserung befassen würde, um so mehr, als die Chaussee die einzige Verbindung zur nächsten Bahnstation darstellt.

Kleine Posener Chronik

Brügelien in Gurtschin.

em. Auf einem Bauplatz in Gurtschin kam es gestern nachmittag zu einer wilden Schlägerei. Der dort Kies liefernde Unternehmer verwarnte einige junge Burken, sie möchten seine Pferde in Ruhe lassen und sie nicht mit Steinen bewerfen. Als die Burken sich nicht entfernen wollten, nahm er die Peitsche und versuchte sie wegzujagen. Nun kamen den jungen Burken Bauarbeiter zu Hilfe, und es entspann sich eine regelrechte Schlacht, an der etwa 18 Personen teilnahmen. Die Bauarbeiter kämpften mit Ziegelsteinen (als Wurfgeschossen), die Anhänger des Kiesunternehmers mit Spaten. Im Laufe der Schlägerei wurden der 27-jährige Michael Langner, Bronislaus Pawlowski und Felix Uda schwer verletzt. Die inzwischen eingetroffene Polizei machte der Schlägerei ein Ende und verhaftete sechs Teilnehmer. Auch der hinzugezogene Arzt der Bereitschaft hatte tüchtig zu tun. Ein Kämpfer, der einen Schlag mit dem Spaten erhalten hatte, wurde ins Städtische Krankenhaus gebracht.

Generalversammlung der Posener Straßenbahn

Am 30. April hat unter Vorsitz des Stadtpräsidenten Kalamajski die Generalversammlung der Posener Straßenbahn stattgefunden. Die Versammlung beschloß die Konvertierung der Bau-anleihe in Höhe von 450.000 Goldzloty in Obligationen der Bank Gospodarstwa Krajowego. Die Erörterung der weiteren Punkte der Tagesordnung, wie der Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat, Bestätigung der Bilanz, Gewinnverteilung, Ueberreichung des Vermögens der Posener Straßenbahn auf die Gemeinde der Stadt Posen, wurde auf die nächste Generalversammlung vertagt. Die Posener Straßenbahn mußte im Sinne des neuen Gesetzes über die Aktiengesellschaften vor dem 1. Mai die Versammlung einberufen. Die Gesellschaft ist aktiv bei einer Reihe von Unternehmen engagiert, die, da sie noch keine feste Satzungen besitzen, die sich auf das neue Gesetz über die Aktiengesellschaften stützen, nicht gezwungen waren, in dieser Frist die Bilanzen vorzubereiten. Deshalb habe der Vorstand der Posener Straßenbahn keine technische Möglichkeit gehabt, einen genauen Bericht auszuarbeiten.

Weltpolitische Beobachter

Laval enthüllt den französischen Imperialismus — Flottenkompromiß gescheitert? — Die flämische Freiheitsbewegung

Am 5. Mai hat das französische Parlament seine Arbeit wieder aufgenommen. Frankreichs Ministerpräsident hat, wie es bei dem westlichen Nachbar Deutschlands üblich ist, am Sonntag zuvor in einer Rede die politische Lage umrissen. Dieser Rede kommt nicht nur darum erhöhte Bedeutung zu, weil Laval so selten spricht und seine Worte darum doppelt gewogen sein wollen. Vor allem verdienen sie Beachtung, weil sich aus ihnen Frankreichs Haltung auf der Genfer Mattagung, die ja am 15. eröffnet wird, erkennen läßt.

Laval stellte sich in La Courneuve, einem nordöstlichen Vorort von Paris, entschlossen hinter Briand's Gegenplan, gegen die deutsch-österreichische Zollunion. Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten gipfelten in dem Satz, daß Frankreich dem Projekt seine Zustimmung nicht geben könne, „weder seinem Inhalt nach, noch der unerwarteten und überraschenden Weise seines Verfahrens nach.“ Es ist in den internationalen Beziehungen dadurch eine Verwirrung geschaffen worden. Wenn die freie Zusammenarbeit der Völker fortgeführt und entwickelt werden soll, dürfen solche Mißverständnisse nicht bestehen bleiben, und derartige Verfahren dürfen nicht zugelassen werden.

Briand's Gegenplan gipfelt, soweit er sich heute erkennen läßt, in dem Vorschlag einer Organisation der wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Staaten, wahrscheinlich ohne Deutschland und Österreich, wobei sich selbstverständlich Frankreich die Rolle eines Generaldirektors vorbehalten möchte. Würde dieses Programm in Genuß nicht durchkommen, so würde der Völkerbund einen schweren Schlag erleiden. Wenn man recht sehen, wird die diesjährige Genfer Mattagung zu einer besonderen Bedeutung gelangen. Laval hat Frankreichs Standpunkt in der Frage der europäischen Zusammenarbeit für einen französischen Diplomaten ungewöhnlich deutlich zum Ausdruck gebracht. Er lautet, daß es nicht zulässig ist, wenn europäische Staaten bedeutungsvolle Verträge ohne die vorher eingeholte Genehmigung Frankreichs schließen. Frankreich will die politische Vorherrschaft in Europa ausdrücklich anerkannt wissen. Zwischenstaatliche Beziehungen dürfen nur unter gleichzeitiger Anerkennung des französischen Anspruchs geschlossen werden. Wer sich diesem Grundsatz nicht willig beugt, wird schließlich zum Verräter an der Menschheit erklärt.

Deutschland wird in Genuß einen schweren Stand haben. Es wird um die Gleichberechtigung der Völker in Genuß einzutreten haben, die Freiheit und gleiches Recht für alle anstreben. Entscheidend wird sein, wie weit die Vertreter der übrigen Staaten die französischen Ansprüche gutheißen. Daraus dürfte das Schicksal des Genfer Völkerbundes abhängen. Will er eindeutiges Instrument des französischen Imperialismus sein oder eine laibliche aufgebaute Institution, die die gerechten Ansprüche der Völker und Staaten ehrlich zu regeln gewillt ist?

Die Absichten der französischen Außenpolitik werden auch in der Behandlung der Flottenkompromißfrage deutlich. Frankreichs Unnachgiebigkeit gegenüber den englisch-italienischen Vorschlägen macht ganz den Eindruck einer General-Kraftprobe. Die italienische Note stellt sich im ganzen hinter England, das ja den französischen Wunsch nach Flottenneubauten vom Jahre 1934 an rundweg abgelehnt hat.

Der letzte französische Vorschlag hatte das nächste angeboten, daß Frankreich nicht vor der Konferenz von 1935 Neubauten zum Ersatz von nach 1936 veralteten Schiffen beginnen wolle, daß es sich aber das Recht vorbehalte, solche Neubauten unmittelbar in Angriff zu nehmen, falls die Konferenz von 1935 erfolglos verlaufen sollte. Der englische Gegenvorschlag darauf will Frankreich gefast, nach 1935 Neubauten zu beginnen, aber nur in einem Maße, wie die Konferenz von 1935 solche vorsehen würde. Falls aber diese Konferenz scheitern sollte, müsse sich Frankreich an den Artikel 19 des Londoner Flottenvertrages halten. Dieser bestimmt, daß vor 1936 keine Ersatzbauten außer den ausdrücklich im Vertrag genehmigten stattfinden sollen. Das englische Entgegenkommen besteht also darin, daß Frankreichs Ersatzbauten bereits 1935 statt erst 1936 beginnen können, aber dies nur für den Fall, daß die Konferenz von 1935 zu einer Einigung führt.

Da sich nun auch Italien England gegen Frankreich angeschlossen hat, ist zu erwarten, daß eine Einigung vor der Genfer Mattagung nicht mehr erzielt wird, so daß Frankreich leicht isolierter dastehen könnte als ihm lieb ist.

Mußpolen wird wahrscheinlich die etwas verzwickte Lage der französischen Außenpolitik, die durch den Zollunionsvorschlag geschaffen wurde, für die italienischen Ansprüche ausnützen. Wie weit der Duce zu gehen gewillt ist, wird besonders aus einem Vortrag des italienischen Unterstaatssekretärs Rosbach vom Finanzministerium deutlich, in dem das deutsch-österreichische Zollprojekt als Vorbild für Europa bezeichnet wurde.

Daß ausgerechnet auch noch für den 13. Mai die französischen Präsidentenwahlen angesetzt sind, macht die Lage der „grande nation“ natürlich nicht angenehmer.

Die Schwierigkeiten im äußersten Norden des engeren französischen Machtbereichs, nämlich in Belgien, sollen dabei nicht vergessen sein. Gewiß ist die flämische Bewegung nicht so harmlos, daß man von ihr eine ernstliche Gefährdung des französischen Militarismus erwarten darf. Sie ist aber ein brödelnder Stein in einem seinerzeitigen, ähnlich wie die wachsende Unzufriedenheit mit dem französischen Regime in Elsaß-Lothringen. Wir sind nicht der Ansicht, daß die gesamte französische Politik auf tönernden

Füßen steht, weil das französische Volk im Aussehen ist. (In Deutschland gibt man sich in dieser Richtung schon seit 50 Jahren falschen Illusionen hin.) Aber die wachsende Kraft der flämischen und elsass-lothringischen Volksbewegung wird eines Tages die französischen Machtgelüste dahin verweisen, wohin sie gehören, nämlich in den Lebensraum des französischen Volkes. Frankreich will deswegen den Unterschied zwischen Volk und Staat nicht erkennen, weil mit der tatsächlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Bau der französischen Militärdiktatur über Europa in sich selbst zusammenbrechen würde.

Laval hat am Sonntag in seiner Rede mit seinem Satz von der Verdammung solcher Verfahren wie der deutsch-österreichischen Zollunionspläne den französischen Absichten eine klassische Formulierung gegeben. Die Flamen haben am gleichen Tage und fast zur gleichen Stunde auf ihrer Versammlung in Wemmel bei Brüssel dazu die gebührende Antwort mit ihrer Entschiedenheit erteilt, die sich gegen die (militärische) Verklappung Belgiens an Frankreich wendet und den folgenden Wortlaut hat:

Die Sahara als neues Paradies der Menschheit?

Ein phantastisches Projekt, aber wie lange noch? — Die Senkung des Mittelmeers — Land für 200 Millionen Ansiedler

Von Karl Penz

Daß die Sintflut, von der wir in der Bibel lesen, mit einem gewaltigen Naturereignis irgendeiner vergangenen Zeitperiode zu identifizieren ist, steht fest. Man nimmt heute, und wohl mit Recht, an, daß der Einbruch ungeheurer Wassermassen in jene Stellen, wo heute das Mittelmeer liegt, als die wahre Sintflut gedeutet werden darf. Europa, Asien und Afrika bildeten ehemals einen zusammenhängenden Erdteil, in dessen Mitte sich zwei größere Meere befanden, die wir heute als vergrößertes östliches und westliches Becken des Mittelmeeres kennen. Als vor ungefähr 50 000 Jahren, in jener Zeit, als der Neandertalmensch lebte, die gewaltigen Eis- und Gletscher schmolzen, strömte das Wasser dem tiefliegenden Teil Europas zu, und es entstand das große Mitteländische Meer. Heute, wo der Technik fast nichts mehr unmöglich ist, möchte man die Sache gern wieder reparieren, das heißt den Meeresspiegel des Mitteländischen Meeres senken. Hermann Sörgel, Ingenieur und Baumeister, ist es besonders, der sich in Deutschland für dieses Panropa-Projekt (nicht zu verwechseln mit dem Panuropa-Bestreben) einsetzt.

Das Mitteländische Meer, das ein Verdunstungsmeer ist, wäre wohl schon längst ausgetrocknet, wenn es nicht vom Schwarzen Meer und dem Atlantischen Ozean ständig neue Wassermassen erhielte; denn die Flüsse, die dem Mitteländischen Meer zufließen, spielen alle keine große Rolle. Der Ebro und Tiber sind wasserarm, die Fluten des Nil werden zur Bewässerung Ägyptens verwandt. Bleiben also nur der Po und die Rhône, und das ist nicht viel. Aber der Atlantik verlor das Mitteländische Meer in jeder Sekunde mit 88 000 Kubikmetern und das Schwarze Meer, das ein Überflutungsmeer ist, mit 4500 Kubikmetern Wasser. Wenn man also erreichen kann, daß dieser Zustrom aufhört, dann muß das Mitteländische Meer infolge der dort herrschenden Hitze langsam bis zu einem gewissen Grade verdunsten, und der Spiegel wird sich senken. Das dauert zwar viele Jahre, aber was schadet das? Vor 50 000 Jahren hingen Italien, Sizilien und Nordafrika zusammen, und alle anderen Küsten traten mehr nach dem Inneren des damals schon vorhandenen Mittelmeeres hervor. Nach der Abkürzung hofft man diesen Zustand ungefähr wieder zu erreichen.

Zehntausende flämischer Nationalisten, am 3. Mai 1931 in Wemmel bei Brüssel versammelt, vertreten durch 15 Abgeordnete in Kammer und Senat des belgischen Staates, erhoben vor der ganzen Welt Einspruch gegen das Weiterbestehen des geheimen, den Völkerbundsgrundsätzen zuwiderlaufenden belgisch-französischen Militärvertrages und gegen dessen Folgen: den Bau eines riesigen Festungsgürtels in Fortsetzung der französischen Befestigungswerke, wodurch das flämische Volk, das mit allen Völkern der Erde in Ruhe und Frieden zu leben wünscht, in den französischen Herrschafts- und Militärbezirk eingemauert werden soll. Sie erklären im voraus, daß sie jede Verantwortlichkeit für die Folgen dieser verbrecherischen militärischen Basenpolitik der belgischen Regierung ablehnen. Der neuerstandene Rat von Flandern bereitet eine Massenverwahrung des aus 4½ Millionen Seelen bestehenden flämischen Volkes gegen eine Politik vor, die ein Hindernis für eine wahrsame Befriedung Europas, ja, eine unmittelbare Gefährdung des Friedens bedeutet.

und Gallipoli große Elektrizitätswerke erbaut werden, während man vorher bei Gibraltar, Gallipoli und Port Said (Suezkanal) Schiffsschleusen einrichten mußte.

Was ist dazu nötig? Der Staudamm bei Gibraltar, der größte Teil der Arbeit wird von Fachleuten auf 10 Milliarden Kubikmeter Erde berechnet. Der Damm würde 16 Kilometer lang sein und über Tiefen bis zu 300 Meter führen. Durch die Elektrizitätswerke würden ungefähr 170 Millionen PS gewonnen; gewonnen würden außerdem nicht zu berechnende ungeheure Mengen von Salz, weil das Meerwasser, bevor es in die Sahara geleitet werden kann, entsalzt werden mußte. Das Gebiet innerhalb des Mitteländischen Meeres, das nach Senkung des Spiegel aus dem Wasser hervortreten würde, dürfte ungefähr zweieinhalb mal so groß sein wie Italien. Man sieht das Ganze ist eine der phantastischen Ideen der Neuzeit und würde das größte und aussehensreichste Kulturwerk der Menschheit bedeuten. Und die Kosten? Eine genaue Berechnung ist selbstverständlich unmöglich, aber wenn man ein solches Projekt ausarbeitet, muß man natürlich auch die Kostenfrage abschätzen. Die Kosten für die Arbeiter allein sind auf 5 Milliarden Dollars geschätzt, die Kosten der Elektrizitätswerke und der übrigen Anlagen bei Gibraltar sowie an den Dardanellen und am Suezkanal auf 2 Milliarden Dollar und die Ausgaben für eine Bewässerung der Sahara auf eine weitere Milliarde Dollar. Alles in allem also 33,6 Milliarden Mark. Vielleicht werden es auch 40 Milliarden oder 50, aber das würde dabei keine so große Rolle spielen. Daß das Geld von den gesamten interessierten Staaten aufgebracht werden könnte — die Summen verteilen sich natürlich über Jahrzehnte — steht außer Frage. Gewonnen würden dafür Werte, die in Ziffern überhaupt nicht mehr auszudrücken sind und einen Zinsdienst von so phantastischem Umfang garantieren, daß die investierten Beträge nach Ansicht der Befürworter des Plans die sicherste Kapitalanlage der ganzen Welt darstellt.

Junge deutsche Komponisten in Paris

Die Sektion Frankreich der „Internationalen Gesellschaft für zeitgenössische Musik“ veranstaltete in den Räumen des Instituts für internationale geistige Zusammenarbeit in Paris einen Abend, der dem Schaffen junger deutscher Komponisten gewidmet war. Es kamen zunächst Werke einer Münchener Gruppe zur Aufführung: eine Cello-Sonate von Fritz Büchiger, drei Stücke für Trompete und Klavier von Richard Zoellner, eine Solo-Sonate für Violine von Wolf von Linden und die Klavierstücke von Karl Marx, die in der Wiebegergasse durch Rose Walter vom Publikum mit besonderem Beifall bedacht wurden. Den zweiten Teil des Programms füllten die Sere-naden und das zweite Klavierkonzert von Paul Hindemith. Das letztgenannte Werk wurde von dem jungen Dirigenten Roger Desormières und der Pianistin Marcelle Meyer meisterhaft wiedergegeben und fand ein begeistertes Echo.

Chezwang in Persien

„Vorbei sind die schönen Zeiten für Persien. Ein Geleß — wie konnte es auch anders sein — hat ihnen roh und rücksichtslos ein Ende gemacht.“

Die Regierung hat nun ein Gesetz erlassen, das die Scheidung bedeutend erschwert und außerdem den Ehezwang einführt.

Wer mit 26 Jahren noch nicht verheiratet ist, zahlt ungefähr 100 Fats Ledigensteuer. Die Summe wird von Jahr zu Jahr höher. Frauen zahlen 50 Prozent der Sätze. Die Einnahmen aus dieser Steuer sind zur Unterstützung armer, kinderreicher Familien bestimmt (Bravo!).

Bedenklicher ist freilich eine andere Bestimmung des neuen Gesetzes. Jede Frau bekommt am Hochzeitstage vom Staate eine Belohnung ausgezahlt. Die Jagd nach dem Manne wird in Persien wohl heitere Formen annehmen! Der persische Jüngling wird sehr genau aufpassen müssen, wenn er einem schwarzhaarigen Töchterchen einen Kuß gibt und ihr die Ehe verspricht.

Deutsche im Ausland

Rußlanddeutsche Mennoniten in Paraguay

Aus der Mennonitenkolonie Fernheim in Paraguay wird dem Deutschen Auslands-Institut geschrieben:

Auch hier in Chaco wird wieder mit Anstrengung aller Kräfte gearbeitet. Zwar galt die Arbeit hier hauptsächlich dem wirtschaftlichen Aufbau, aber es sind auch schon ganz schöne Ergebnisse nach der anderen Seite zu verzeichnen. Die rußlanddeutschen Dörfer haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, an dessen Spitze bis jetzt ein Zentralkomitee, bestehend aus den Führern der fünf eingewanderten Gruppen, stand. Auf der nächsten Bezirksversammlung soll als verantwortlicher Leiter der Ansiedlung ein Ober-schulge gewählt werden. Schiedsgericht, Wassernant und Brandordnung sind bereits eingerichtet worden. Leider konnte bis jetzt das Schulwesen noch nicht gebührend berücksichtigt werden. In einigen Dörfern wird schon regelrechter Unterricht erteilt, in den anderen Dörfern kamen vor Weihnachten die Kinder zwei- bis dreimal wöchentlich zusammen, um Gebichte und Lieder zum Weihnachtsfest einzubringen. An der Herausgabe eines kleinen Monatsblattes — „Menno-Blatt“ — der aus Rußland eingewanderten Mennoniten wird gearbeitet. Vor einigen Monaten haben wir einen Jugendverein ins Leben gerufen, der sich hoffentlich gut entwickeln wird. Als Arbeitsziel haben wir uns nicht nur die Pflege des religiösen Lebens, sondern auch des Mennonitentums und des Deutschtums gestellt; denn unter Mennonitentum und das Deutschtum sind ja durch die 400jährige Geschichte so eng miteinander verwachsen, daß

mit dem Aufgeben des letzteren auch das erstere fällt. Das haben auch die kanadischen Mennoniten ganz richtig erkannt, wenn sie sagen, daß sie unbedingt die deutsche Sprache beibehalten müßten, wenn sie Mennoniten bleiben wollen. Die Möglichkeit, die deutsche Sprache in der Schule zu pflegen, wurde ihnen in Kanada eben genommen, und deshalb wanderten sie aus dem freien Lande aus und siedelten sich hier im wilden Chaco an. Wohl wissen wir Mennoniten, daß ohne Deutschtum unser Mennonitentum nicht zu denken ist, und doch ist die große Mehrheit unter uns viel zu wenig mit dem Wesen des Deutschtums bekannt. Gerade in dieser Hinsicht müßte noch viel mehr unter uns getan werden.

Die neue Ansiedlung der rußlanddeutschen Mennoniten hat gegenwärtig mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Rußländer erhalten ihre Lebensmittel durch die Landgesellschaft „Corporacion Paraguaya“ zugeführt, von der wir auch das Land kauften. Der Sitz dieser Gesellschaft ist Philadelphia (U. S. A.), und dort werden auch alle Unterstützungsgelder der nordamerikanischen Mennoniten zur Unterhaltung der hiesigen Kolonie eingezahlt. Infolge der weiten Entfernung verzögert sich häufig die Zuführung von Lebensmitteln, so daß in einigen Dörfern oft die nötigsten Bedarfsartikel fehlten. Ferner setzte im letzten Jahre die Regenzeit sehr spät ein, so daß erst Ende Oktober mit der Feldbestellung begonnen werden konnte. In drei rußlanddeutschen Dörfern brach eine Typhusepidemie aus, der etwa 50 Personen zum Opfer fielen. Dies alles wirkte zusammen, daß die Stimmung in den Dörfern sehr gedrückt war, viele sogar mutlos wurden und schon ernstlich an eine Ueberseebildung nach dem östlichen Paraguay dachten.

Um die Domkirche in Riga

Der Kampf um die Rigaer Domkirche ist leider immer noch nicht entschieden. Die deutsche Domgemeinde, die 12 000 Mitglieder umfaßt, ist zu äußerstem Entgegenkommen bereit und will zu Gunsten der lettischen Gemeinde, die nur 7000 Seelen zählt, auf die Hälfte ihres wertvollen Kirchenbesitzes verzichten. Letztlich versucht man dagegen etwas mehr als die Hälfte, sieben Zwölftel, zu erringen, damit die Möglichkeit entsteht, die deutschen Vertreter in der Kirchenverwaltung zu überstimmen. Nachdem der Gesetzesweg versagt hat, soll in den nächsten Tagen das Volksbegehren zur Enteignung der Domkirche eingeleitet werden.

Deutscher Unterricht an bolivianischen Schulen

Aus La Paz wird uns geschrieben: Es verdient allgemeines Interesse, daß die Zahl der deutsch lernenden Schüler an der bolivianischen Kadettenkademie in La Paz im Jahre 1931 gewaltig zugenommen hat. Nachdem der Generalkommandant neuerdings Englisch aus dem Lehrplan der Schule gestrichen hat, mußten die Kadetten, die bisher Englisch lernten, zwischen Deutsch und Französisch wählen.

Alle ohne Ausnahme meldeten sich für Deutsch, aber im Interesse einer gleichmäßigen Ausbildung wurde ein Teil davon nachträglich den französischen Kursen zugeteilt. Insgesamt beläuft sich die Zahl der deutsch lernenden Kadetten im Schuljahr 1931 nunmehr auf 100 — gegenüber 15 im Vorjahre — und die Zahl der reichsdeutschen Lehrer an der Kadettenkademie auf fünf. Es sind dies die Herren Leutnant Schamp (Danziger) als Ausbildungsoffizier, Dr. Kübler und Köcker als Deutschlehrer, Bött als Leichtathletik- und Strauß als Gymnastiklehrer.

Die Silberfrage

Von Dr. Ernst Hickmann

(Schluss)

Von grösster Bedeutung für den Zusammenbruch des Silbermarktes war der Uebergang Indiens zum Goldstandard, der im März 1927 im Wege der Gesetzgebung durchgeführt wurde. Die Deckung der Noten erfolgte nunmehr durch Gold an Stelle des Silbers. Die vorhandenen grossen Silberbestände sollten abgestossen werden; um den Markt nicht zu gefährden, wurde der Zeitraum hierfür auf 10 Jahre festgesetzt. Seit 1927 hat Indien dauernd grosse Silbermengen verkauft; von den in Aussicht genommenen 300 Mio. Unzen etwa 100. Trotzdem sind die indischen Silberbestände dauernd gestiegen und müssen gegenwärtig auf etwa 450 Mio. Unzen veranschlagt werden. Der Grund hierfür liegt einmal darin, dass im Zusammenhang mit der allgemeinen Preissenkung an den Weltmärkten der Bedarf an Zahlungsmitteln zurückgegangen ist und sich daher die Silberverrätte der Regierung erhöhten, zum anderen darin, dass die schnelle Entwertung des Silbers die Besitzer privater Silberhorte beunruhigte und zu grösseren Abgaben veranlasste. Preissenkend wirkte auch die Einführung einer Silberzufuhrabgabe, die am 27. Februar 1930 erfolgte. So drückt von Indien her ein grosses latentes Silberangebot auf die Märkte, was gewiss nicht geeignet ist, eine Stabilisierung des Preises zu erleichtern, um so mehr, als der Markt auch durch grosse französische und englische Angebote beunruhigt wird, vor allem durch die in Shanghai lagernden Bestände.

China wird von der Demonetisierung des Silbers als einziges grosses Land, das noch die Silberwährung hat, am schwersten betroffen. In den Zeiten der Bürgerkriege war China noch ein grosser aufnahmefähiger Markt für Silber, da die verschiedenen Heerführer es für die Entlohnung ihrer Truppen benötigten. Inzwischen ist eine politische Beruhigung eingetreten, und damit hat sich auch der Silberbedarf automatisch verringert. Ende 1929 hat China sogar Silber verkauft, da die Spekulation in Erwartung einer Kurssteigerung des Yen infolge der Aufhebung des japanischen Goldausfuhrverbots japanische Währung gegen Silber kaufte. Anfang 1930 kam es in Shanghai zu panikartigen Erscheinungen. Die Flucht aus dem Silber wurde beschleunigt durch die Erklärung des chinesischen Finanzministers, eine neue chinesische Währung auf Goldgrundlage schaffen zu wollen. Auf Grund der Arbeiten eines internationalen Finanzausschusses unter Leitung von Professor Kemmerer war China die Einführung der Goldwährung empfohlen worden. Eine erste Massnahme auf dem Wege hierzu war der am 1. Februar 1930 erfolgte Uebergang zur Erhebung von Einfuhrzöllen auf der Grundlage einer fiktiven Goldwährung an Stelle der bisherigen Silberbasis. Ferner verbot eine Verordnung vom 15. Mai die Goldausfuhr aus China sowie die Einfuhr fremder Silbermünzen, wiewohl man noch nicht so weit ging, die Silber-einfuhr überhaupt zu untersagen. Zweifellos ist die chinesische Regierung entschlossen, die Goldwährung einzuführen. Vorerst verfügt sie allerdings noch nicht über die Mittel hierfür. Die Absichten der chinesischen Regierung stehen zunächst noch auf dem Papier; über kurz oder lang ist aber damit zu rechnen, dass sie Wirklichkeit werden, und das würde in der Tat das Ende des Silbers als Währungsgrundlage bedeuten. Auf die Gefahren, die sich durch die hiermit verbundene Goldnachfrage für die Kreditversorgung der Welt erheben würden, hat der Goldausschuss des Völkerbundes hingewiesen, der sich wegen der gegenwärtigen Goldknappheit gegen die Einführung des Goldstandards in China ausgesprochen hat. Aber einen gewissen Erosismus der heftigst diskutierten werden die Chinesen zweifellos in dieser Stellungnahme sehen, und wenn

sie vorerst noch bei dem alten Zustande bleiben, so wird es kaum auf Grund entsprechender Einsicht geschehen, sondern einfach infolge des Nichtanderskönnens.

Durch die Flucht aus dem Silber, insbesondere durch die Wirkungen der Demonetisierung und der Münzverschlechterung auch in europäischen Ländern sind gewaltige Bestände auf den Markt gekommen. Allein die Vorräte in Britisch-Indien sind von 1920 bis Anfang 1931 von 6500 auf 13 000 t gestiegen, in Shanghai von 1900 auf 6700 t.

Stabilisierungsvorschläge

Von verschiedener Seite sind Vorschläge für eine Stabilisierung des Silberpreises gemacht worden. Der Direktor der Midlandbank, Thomas Darling, regte an, mit einer Rückkehr zum Bimetallismus ein bestimmtes Preisverhältnis zwischen Silber und Gold wieder herzustellen. Ein solcher Vorschlag verkennt die nun einmal als Realität vorhandene Neigung fast aller Länder, ihre Währung immer ausschliesslich auf Gold zu stellen, verkennt insbesondere auch, dass aller Voraussicht nach die Silberproduktion in sehr viel grösserem Umfange steigen wird als die Goldherzeugung, so dass jedes künstlich geschaffene Wertverhältnis durch die Veränderung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage wieder gestört würde. Wenig praktisch erscheint auch der Plan der kanadischen Regierung, China auf dem Kreditwege erhebliche Weizenmengen zuzuleiten, die zu einem festen Uebnahmekurs in Silber bezahlt werden sollen. Die Einwendungen hiergegen decken sich mit denen gegen eine Silberanleihe der Vereinigten Staaten an China. Ein amerikanischer Senatsausschuss unter Führung des grossen amerikanischen Silberinteressen Senator Pittman hat die Gewährung einer solchen Silberanleihe von mehreren hundert Millionen Unzen vorgeschlagen, die von den Vereinigten Staaten zusammen mit anderen interessierten Ländern an China gegeben werden soll. Abgesehen davon, dass der amerikanischen Regierung gegenwärtig eine genügende Sicherheit für die Anleihe und eine ausreichende Kontrolle über ihre Verwendung noch nicht gegeben zu sein scheint, lehnt auch China selbst eine derartige Hilfe ab, die einer sehr riskanten Spekulation gleichkommen würde. Durch das Hineinpumpen gewaltiger Silbermengen nach China würde die Kaufkraft dieses Metalls dort weiter sinken. Die Ausfuhr würde stagnieren, die Einfuhr steigen und China müsste zu einem vorerst noch unbekannten Preise seine Zahlungsbilanz durch Silberverkäufe ausgleichen. Für Amerika wäre natürlich eine solche Transaktion von Vorteil, da sie es ihm gestattet würde, seine eigenen überflüssigen Silberbestände zu abzustossen und gleichzeitig seine Ausfuhr an Waren nach Ostasien zu steigern.

Der Wiener Währungstheoretiker Dr. J. Hans hat kürzlich in der „Frankfurter Zeitung“ die Bildung

Kann Polen seinen Bedarf an Wolle selbst decken?

In den letzten 2 Jahren wird sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Regierungskreisen die Frage aufgeworfen, ob Polen, dessen klimatische und Bodenverhältnisse für eine ausgedehnte Schafzucht besonders geeignet sind, seinen Bedarf an Wolle nicht selbst decken kann? Es wird darauf hingewiesen, dass dem Staat durch den relativ umfangreichen Import an Wolle und die hierdurch hervorgerufene Belastung der Handels- und Zahlungsbilanz wesentliche volkswirtschaftliche Nachteile erwachsen, die noch durch die Abhängigkeit vom Ausland in der Versorgung des Heeres mit Bekleidung, besonders im Kriegsfalle, verstärkt werden, ganz abgesehen davon, dass die umfangreiche Einfuhr die Rentabilität der heimischen Schafzucht stark in Mitleidenschaft zieht und den Verfall eines vor dem Kriege noch rentablen landwirtschaftlichen Wirtschaftszweiges zur Folge hat.

Im Jahre 1931 wurde der Bestand an Schafen im Lande auf 2,2 Mill. Stück veranschlagt. Im Vergleich mit anderen Staaten ist dieser niedrige Stand besonders auffallend. Auf 1000 Einwohner kamen in England im Jahre 1910 674 Schafe, im Jahre 1921 512 Schafe. In derselben Zeit betragen die entsprechenden Zahlen für Frankreich 414 und 239, für Deutschland 89 und 98 und für Polen 156 und 85. Die Hauptursache des Verfalls des Schafbestandes erblickt Zycki in der Verminderung der Zahl der grösseren Güter und in der Parzellierung. Er spricht den kleineren und mittleren Landwirten die Fähigkeit ab, in der Produktion von Wolle für den allgemeinen Bedarf eine Rolle zu spielen. Mit Recht wird von ihm die in der Landwirtschaft überlieferte Auffassung verworfen, als ob die geeignetsten Böden für die Schafhaltung Unland oder schlechte Weiden seien. Im Gegenteil, die Schafzucht ist eines der schwierigsten Gebiete der Viehzucht überhaupt. Bei der Berücksichtigung der bei uns gegebenen Zuchtbedingungen kann nach seiner Meinung nur von der Züchtung grösserer Herden eine Rente erwartet werden, während die Schafhaltung für mittlere Landwirte unwirtschaftlich ist. Zur Hebung der Schafzucht wird daher eine gänzliche Umstellung der polnischen Schafhaltung, und ausserdem die ausschliessliche Zucht bestimmter in den dazu am besten geeigneten Gebiets-teilen in Vorschlag gebracht. So wird von Konczkowski die Zucht von merino prococes für Pommerellen und Posen und die westlichen Teile der Zentralwojewodschaften, von Schafen, deren Wolle für Pelze Verwendung findet (Heidschnucken) für die nördlichen Wojewodschaften empfohlen. Um die grösseren Güter für die Schafzucht zu erhalten, muss nach der Ansicht von Zycki die Enteignung zwecks Durchführung der Agrarreform eingeschränkt und der § 5 des Agrarreformgesetzes, wonach Güter über 180 ha, die für Zuchtzwecke besonders geeignet sind, von der Parzellierung befreit werden, in stärkerem Masse zur Anwendung gelangen, und zwar dann, falls sich die Besitzer dieser Güter verpflichten, eine ausgedehnte Schafzucht für Heeres- und Verkaufszwecke zu betreiben.

Diese Ansichten sind übertrieben. Gewiss sind die veralteten Methoden der Schafzucht bei uns eine Rückzug. Die wesentlichsten Gründe des Verfalls liegen aber viel tiefer und beschränken sich nicht nur auf den polnischen Staat. Die Ausfuhr von Zycki, wonach Deutschland und andere europäische Länder im Gegensatz zu Polen seit 1921 nicht nur die Kriegslücken ausgefüllt, sondern den Bestand an Schafen wesentlich vergrössert hätten, trifft nur zum Teil zu. In Deutschland wenigstens sank der Schafbestand in dem Zeitraum von 1921 bis 1928 von 5,8 auf 3,6 Millionen Stück, hat also eine Minderung um über 50 Prozent erfahren. Nach den Angaben des „Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom“ ist in der Nachkriegszeit in den meisten europäischen Staaten ein Sinken der Schafzucht zu beobachten.

Der Hauptgrund des Verfalls der europäischen Schafzucht liegt in der Gestaltung der Preise des Weltmarktes, die diesen Zweig der Viehwirtschaft in Europa im Laufe der Jahrzehnte immer unrentabler machte, und auch die grossen Besitzer zwang, sich von der Schafzucht abzuwenden. Die Preisbildung sowohl für Wolle als für Hammelfleisch auf unseren Binnenmärkten richtet sich nach den

eines internationalen Silberstützungssyndikats vorgeschlagen, das mit Hilfe einer internationalen Silberbank nach dem Vorbild der B.I.Z. versuchen soll, die tausend Millionen Unzen, die gegenwärtig den Markt belasten und den Preis drücken, aufzusaugen und im übrigen durch Werbung für Silberverwendung sowie durch Produktionsdrosselung die statistische Lage des Metalls zu entlasten. Gegen diesen Plan spricht die Schwierigkeit, Geldgeber zu finden, die die für eine solche Stützung erforderlichen ungeheuren Summen (Hans rechnet mit 62,5 Mill. £) aufbringen, ohne jede Sicherheit auch nur dafür, dass ihnen der Wert ihrer Einlagen erhalten bleibt. Zudem würde ein solches Kapital, an anderer Stelle eingesetzt, der Weltwirtschaft vielleicht ungleich grösseren Nutzen leisten können als hier, wo es sich um eine Position handelt, die auf lange Sicht doch kaum gerettet werden kann, weil die Silberproduktion nicht elastisch ist.

So bleibt der Weg der Einberufung einer internationalen Silberkonferenz, der zu Beginn vorigen Jahres schon von der mexikanischen Regierung angeregt wurde und der gegenwärtig auf ein entsprechendes Verlangen Chinas die Internationale Handelskammer beschäftigt. Auch der amerikanische Senat hat sich Ende Februar für die Einberufung einer solchen Konferenz ausgesprochen. Allerdings hat er zugleich die Schaffung eines Silberpools vorgeschlagen, für den das amerikanische Schatzamt seinen eingefrorenen Silberhorte zur Verfügung stellen soll; aus diesem Bestand soll China nach Vereinbarung mit einem internationalen Konsortium Silber für Münzzwecke entnehmen können. Danach würde dieser Vorschlag dem oben erörterten einer amerikanischen Silberanleihe, der von China mit Recht abgelehnt wurde, ziemlich nahekommen. Ausweichend äusserte sich der englische Schatzkanzler Snowden zur Frage einer Silberkonferenz. Er glaubt, dass es notwendig ist, die Silberstabilisierung als Teil der grösseren Frage einer allgemeinen Preisstabilisierung zu behandeln.

Zweifellos würde eine Belebung der Weltwirtschaft durch eine Lösung der Silberfrage gefördert werden können und daher ist den Arbeiten der Internationalen Handelskammer und des Völkerbundes Erfolg zu wünschen. Die Gewissheit, dass die Beratungen im Kreise hervorragender Sachverständiger erfolgen werden, bietet eine Gewähr dafür, dass utopische Pläne oder Vorschläge, deren Durchführung die Interessen der an der Frage beteiligten Länder vernachlässigen würde, von vornherein ausser Betracht bleiben. Bei der Entwertung des Silbers handelt es sich offenbar um eine unaufhaltsame Entwicklung, die nur deshalb in der Gegenwart schwere Gefahren in sich birgt, weil sie mit der allgemeinen Weltwirtschaftskrise zusammenfällt. Es kann daher nicht darauf ankommen, auf lange Sicht berechnete Pläne auszuarbeiten, die durch Änderungen, sei es der Silberherzeugung, sei es der Goldverteilung, sei es anderer in Betracht zu ziehender Umstände, über kurz oder lang umgestossen würden. Vielmehr müssen die Bemühungen darauf abgestellt werden, die Entwertung des Silbers in der Gegenwart zu verlangsamen und zu versuchen, wenn irgend möglich zu einer Stabilisierung zu kommen. Hierdurch würde die Erhaltung einer gewaltigen Kreditgrundlage gewährleistet werden, deren Ausnutzung im Interesse aller in die Weltwirtschaft verflochtenen Länder liegt.

Erfolg nur auf lange Sicht versprechen, muss der Staat entweder aus eigenen Mitteln die Schafzucht reorganisieren oder sich nach den ihm von sachverständigen Kreisen unverbesserten Vorschlägen, die in der Einführung von Einfuhrzöllen und in der Erteilung von Heeresaufträgen nur an solche Firmen, die sich verpflichten, heimische Wolle zu verwenden, gipfeln. Einfuhrzölle für Wolle würden zwar die Schafzucht anregen, aber eine Verteuerung der Rohprodukte und dementsprechend der Halb- und Fertigfabrikate nach sich ziehen. Die Konkurrenzfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrie würde durch die Abwanderung der Konsumenten zur billigeren Halb- und Kunstseide stark in Mitleidenschaft gezogen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt stark gemindert werden. Sieht man von der Einführung von Zöllen ab, so kann die Förderung der Schafzucht nur durch unmittelbares Eingreifen des Staates erfolgen. Eine derartige Belastung der Allgemeinheit ist allerdings in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression besonders schwierig, zumal es sich vorerst nur um Experimente handeln kann. Genau wie in der ersten Nachkriegszeit der Zustrom billiger überseeischer Wolle die europäische Wollwirtschaft und Schafzucht schädigte, genau so kann ein weiterer Verfall der internationalen Preise für Wolle auch jeden für die Zukunft erhofften Erfolg illusorisch machen.

Welt-Zuckerkonvention wird unterzeichnet

Nachdem die in Paris tagende Zuckerkonferenz ihre zum Zwecke einer einheitlichen Fassung des Textes der seinerzeit in Brüssel und Berlin abgeschlossenen Konvention beendet hat, soll die endgültige Unterzeichnung durch die Vertreter aller beteiligten Staaten am 9. Mai in Brüssel erfolgen. Die polnische Delegation, die aus den Herren Zychliński, Sachs, Psarski und Drzażdżyński besteht, reist am heutigen Tage nach Brüssel ab.

Elevatorenbau in Gdingen mit amerikanischem Kapital

Bekanntlich beschäftigt die Frage des Baues von Getreideelevatoren in Gdingen bereits längere Zeit die wirtschaftlich interessierten Kreise Polens. Nunmehr soll die Frage dadurch in ein neues Stadium getreten sein, dass es angeblich gelungen ist, eine amerikanische Finanzgruppe, und zwar die „Macdonald Engineering Company“ für die Baupläne zu interessieren. Es handelt sich wieder um eine Art Verpachtung gegen Gewährung der benötigten Baudarlehen.

Streik gegen Lohnherabsetzung

Bekanntlich hat die Bielitzer Industrie vor einiger Zeit ihren Arbeitern gekündigt und ihnen eine 12prozentige Lohnherabsetzung vorgeschlagen. Vor einigen Tagen wurden Verhandlungen hierüber aufgenommen, auf denen es zu einer Einigung nicht gekommen ist. So ist jetzt in 15 Industriebetrieben in Bielitz ein Streik ausgebrochen, dem sich in der nächsten Woche alle anderen Industriebetriebe anschliessen wollen.

Bemühungen um die Errichtung eines kongresspolnischen Teer-Dachpappen-Syndikats

Die polnischen Teer-Dachpappenfabriken sind in der Vereinigung der Teerdachpappe- und Asphalterzeuger Polens zusammengefasst. Dieser Vereinigung gehören die drei Gruppen in Posen-Pommerellen, Kongresspolen und Galizien an. In Posen-Pommerellen wurde bereits im vorigen Jahr ein Dachpappen-Kartell gegründet, dem alle bedeutenden Werke dieses Gebietes angehören. Die Beendigung der Verhandlungen wegen Kartellierung der übrigen polnischen Werke wird demnächst in Warschau stattfinden. Der Syndikatsvertrag wurde bereits ausgearbeitet. Die Gründung des Syndikats bezweckt eine Erhöhung des Preisniveaus und ferner die Regelung der Verkaufsbedingungen.

Märkte

Getreidepreise im In- und Auslande. Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidearten in der Zeit vom 27. 4. bis 3. 5. 1931 nach Berechnung des Getreide-Warenbüros in Warschau. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Zloty.

Inlandsmärkte.				
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschan	35.125	26.875	—	28.875
Krakau	32.96	28.06	—	31.50
Posen	33.56	28.15	—	28.17
Lemberg	29.41	24.54	—	27.42
Lublin	30.44	24.31	27.81	25.60
Auslandsmärkte.				
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Berlin	60.25	41.81	—	39.90
Hamburg	26.82	—	19.15	16.56
Prag	41.31	39.47	41.39	41.21
Brünn	41.58	40.26	39.73	40.05
Danzig	35.24	28.80	29.44	32.64
Wien	28.75	29.12	37.50	30.15
Liverpool	23.63	—	—	21.80
New York	30.70	15.21	—	—
Chicago	26.87	11.48	20.82	17.17
Buenos Aires	20.37	—	—	15.41

Danzig, 6. Mai. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 128 Pfd. 19.75—20, Roggen 16.75, Gerste 16.50—17.50, Futtergerste 16—16.75, Hafer 19 bis 19.50, Roggenkleie 14, grobe Weizenkleie 13.75 bis 14. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 7, Roggen 4, Gerste 2.

Produktenbericht. Berlin, 6. Mai. Bei ruhigem Geschäft stetig. Durch die Veröffentlichung der geplanten Regierungsmassnahmen ist dem hiesigen Produktenmarkt ein Teil der bisher herrschenden Nervosität genommen worden, das Geschäft hat allerdings keine Belebung erfahren, da man erst die Durchführung und die eventuellen Auswirkungen der Massnahmen abwarten will. Bei Weizen soll die Neuregelung der Einfuhr erst mit dem 15. Mai in Kraft treten, und am Roggenmarkt waren Abgaben aus den Beständen der Stützungs-Gesellschaft an die Mühlen bisher nicht festzustellen.

Das erstehändige Angebot von Brotgetreide bleibt knapp, jedoch zeigt sich aus den erwähnten Gründen auch nur vorsichtige Nachfrage; die Preise für prompte Ware blieben nominell unverändert. Am Lieferungs-markt lag Roggen gleichfalls stetig, während Weizen in den späteren Sichten von den gestrigen Verlasten 2 Rm. wieder einholen konnte. Weizen- und Roggenmehle haben bei unveränderten Forderungen kleines Bedarfsgehalt. Hafer ist stärker offeriert, die erstehändigen Offerten sind aber nicht durchzuholen. Gerste bleibt still.

Berlin, 6. Mai. Getreide und Olsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark: Weizen, märk. 283—285, Roggen, märk. 198 bis 200, Futter- und Industriegetreide 230—244, Hafer, märk. pomm. 194—198, Weizenmehl 34.25—40, Roggenmehl 27—28.75, Weizenkleie 14.25—14.50, Roggenkleie 14.75 bis 15, Viktorienbrosen 24—29, kleine Speisebrosen 23 bis 27, Futterbrosen 19—21, Pelnschken 25—30, Ackerbohnen 19—21, Wicken 24—26, blaue Lupinen 15 bis 16.50, gelbe Lupinen 22—26, neue Seradalla 66—70, Rapskuchen 8.20—8.30, Leinkuchen 14—14.20, Trockenschrot 8.20—8.30, Soja-Schrot 12.70—13.80. Handelsrechtliches Lieferungsgehalt. Weizen: Märk. 298 und Geld. Juli 301—300.75, September 251; Roggen: Märk. 204.50—203.75, Juli 201, September 190—190.50; Hafer: Märk. 204—205, Juli 208 bis 209.50, September 182.25.

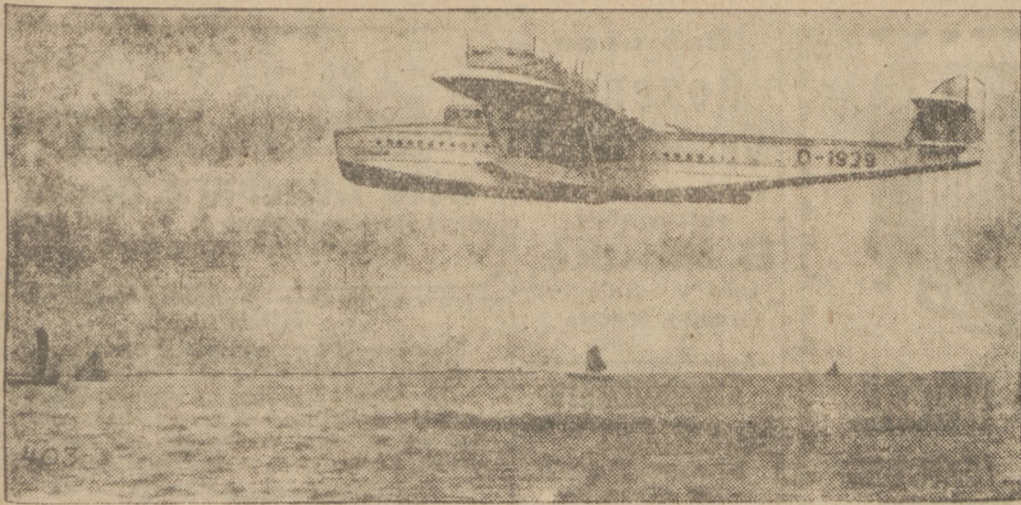
Firmennachrichten

Gerichtsaufsichten

Termine finden in den Amtsgerichten statt.
Gdingen. Fa. Florian Zenker, Inh. der Firma „Poloksport“. Antrag auf Zahlungsaufschub. Prüfungstermin 21. 5. 1931, 10 Uhr, Zimmer 20.
Gdingen. Fa. Jan Pielowski, Piernsze Przedsiębiorstwo Elektrotechniczne. Verhüttungsverfahren niedergeschlagen.
Gostyn. Fa. St. Dembiński. Zahlungsaufschub auf 3 Monate bis 22. 7. 1931 erteilt. Vermögensverwalter Józef Okupnik.
Gostyn. Amalia Bilska aus Kröben. Das Vergleichsverfahren wird nach dem Endtermin und nach Teilung der übrigen verbliebenen Masse aufgelöst.
Graudenz. Fa. „Pepege“. Polski Przemysł Gumowy, S. A. Zahlungsaufschub auf Antrag der Firma eingeleitet. Prüfungstermin 11. 5. 1931, 10 Uhr, Zimmer 2.
Kösten. Fa. Leon und Stefan Soborski. Zahlungsaufschub auf 3 Monate erteilt.
Neustadt. Fa. Bernard Wojewski. Verfahren in Sachen Zahlungsaufschub aufgelöst.
Nentmischel. Zahlungsaufschub Fa. A. Kłifski. Termin zur Prüfung des Antrages auf Zahlungsaufschub 15. 5. 1931, 10 Uhr.
Nentmischel. Fa. „Polonia“. Möbelfabrik, Inh. Włoczech Pietka. Weiterer Zahlungsaufschub bis 8. 5. 1931 erteilt. Vermögensverwalter bleibt Z. Kabza.
Posen. Vergleichsverfahren Fa. Mailech Kon., „Mazgazyń Uniwersalny“, ul. Woźna 10, und Firma „Louvre“, ul. Półwiejska 15. Termin zur Aufstellung einer Gläubigerliste 5. 5. 1931, 10—12 Uhr, im Lokal der Firma, ul. Woźna 10. Die Liste der geprüften Forderungen wird im Sad Grodzki, Zimmer 25, auf 7 Tage, beginnend vom 25. 5., ausgestellt werden.
Schilberg. Zahlungsaufschub Franciszek Krupa, Mühlenbesitzer in Strzyżewo, Kreis Schilberg. Prüfungstermin 20. 5. 1931, 11 Uhr, Saal 38.
Strelno. Władysław Cieśliewiczowa. Zahlungsaufschub auf weitere 3 Monate bis 6. 8. 1931 erteilt. Anzeige- und Verfahrungskosten trägt die Schuldnerin.
Vandsburg. Vergleichsverfahren Fa. J. M. Böttcher. Termin zur Aufstellung einer Gläubigerliste 12. 5. 1931, 10 Uhr, Zimmer 4. Die Liste der geprüften Forderungen wird vom 5. bis 12. 5. im Kreisgericht Vandsburg ausgestellt werden.
Wronke. Fa. W. Degórski. Zahlungsaufschub auf 3 Monate bis 30. 7. 1931 verlängert.

Generalversammlungen

9. 5. Pomorskie Zakłady Ceramiczne T. A. in Graudenz. Ordentliche G.-V. 18 Uhr in Warschau, ul. Al. Ujazdowska 30, W. 16.
18. 5. Spółka Osadnicza, Sp. Akc. in Posen, ul. Rzeczypospolita 1. Ordentliche G.-V. 11 Uhr in den Räumen der Firma.
21. 5. Sp. Akc. „Goplana“, Fabryka Czekolady in Posen. Ordentliche G.-V. 3.30 Uhr im Büro der Fabrik, ul. Wawrzyńska 28a.
27. 5. Fa. Browar Krotoszyński, Sp. Akc. in Krotoschin, ul. Składowa 15. Die für den 9. 5. 1931 bestimmte G.-V. wird auf den 27. 5. 1931, 12 Uhr, im Lokal der Firma, verlegt.
27. 5. Bank Kwieciński, Potocki Ska, in Posen, Al. Marcinkowskiego 11. Ordentliche G.-V. 4 Uhr in den Räumen der Bank.
28. 5. „Księga-Sztuka“ in Posen. Ordentliche G.-V. 5 Uhr im Büro der Rechtsanwälte Dr. Gidyński und Heimowski, Pocztowa 21.
1. 6. Fa. Hartwig Kantorowicz Nast. in Posen. Ordentliche G.-V. 10½ Uhr im Sitzungssaal der Firma, ul. Grochowe Łąki 6.



Zum Afrikaflug des Do X
Ein Bild von Do X im Fluge

Das deutsche Riesenschiff Do X ist am 1. Mai von Las Palmas (Kanarische Inseln) nach Villa Cisneros in der spanischen Kolonie Rio de Oro an der westafrikanischen Küste gestartet. Das vorläufige Ziel des Flugschiffes ist Bolama in Portugiesisch-Westafrika.

Bei den Lords

Von Dr. Willi Wader

In den nächsten Tagen wird Lord Irwin, der letzte Vizekönig Indiens, in Southampton landen, um sich in der Heimat von den Strapazen der letzten Jahre zu erholen. Sein Abschied in Bombay war ein denkbar glänzender gewesen. Nicht nur die Engländer, vor allen Dingen die junge Generation, wünschte ihm aufrichtig ein baldiges Wiedersehen, auch die Indier, Moslems wie Hindus, erklärten offen: „Wir sagten einem Freunde auf Wiedersehen!“ Am Tage nach der Amtsniederlegung Lord Irwins trat sein Nachfolger, Lord Willingdon, die Amtsgeschäfte als Vizekönig und Generalgouverneur von Indien an. Seiner Tätigkeit steht Indien, Großbritannien und die Welt mit größtem Interesse entgegen, während sie die Arbeiten Lord Irwins vorläufig wenigstens für abgeschlossen hält.

Nicht doch! Mag Lord Irwin sich auch einige Wochen der Ruhe hingeben, die Welt wird von diesem Staatsmann großen Formats noch vieles hören. Als Lord Irwin im Jahre 1910 im Wahlkreis Repton als konservativer Abgeordneter in das Unterhaus gewählt wurde — er hieß damals noch Edward Lindley Wood —, war er eine ziemlich unbekannte Größe. Auch während des Weltkrieges, an dem er als Kommandeur der York-Libye-Dräger teilnahm, trat er nicht hervor. Erst nach Kriegsende entdeckte Parteiführer Baldwin das politische Talent des Mannes, und wenige Jahre später, 1925, wurde der erst 45jährige Lord als Vizekönig nach Indien geschickt, ohne daß er je einmal zuvor in der Verwaltung und Regierung der englischen Kolonien oder Dominien tätig gewesen wäre.

Der Vater Lord Irwins, Lord Halifax, ist einer der bedeutendsten Kulturpolitiker des britischen Weltreiches. Erst nach dessen Tode wird Lord Irwin den Namen und Titel seines Vaters erwerben. Er braucht sich aber nicht im Richte der Ueberlieferungen seiner Familie zu sonnen, denn er hat als Selbstdarsteller in den letzten Jahren ein gutes Stück britischer Weltgeschichte im besten Sinne des Wortes gemacht. Die Beziehungen Englands zu Indien stellte er auf eine moralische Basis, getreu den Ueberlieferungen seines Hauses, und führte folgerichtig durch, daß die Verprechungen, die den Indiern während des Weltkrieges gemacht worden waren, jetzt endlich gehalten wurden. Seine persönlichen Verhandlungen mit Gandhi, die mit Aufgabe der Ungehorsamsbewegung durch

die indischen Nationalisten endeten, waren ein solcher Erfolg, daß alle englischen Parteien ihn neidlos und voller Dank anerkannten. Der liberale „Manchester Guardian“ würdigt Lord Irwin als einen Vizekönig, den man in Indien nie vergessen werde, weil er „das Beste jener Kultur vertreten habe, zu der er gehöre, und das Beste jener Religion, zu der er sich bekenne“. Kein Wunder, daß der jetzt in die Heimat zurückkehrende Lord in gleicher Weise das Vertrauen des konservativen Parteiführers Baldwin, des aus der englischen Arbeiterpartei hervorgegangenen Ministerpräsidenten MacDonald und des liberalen Führers Lloyd George besaß und noch besitzt. Ein Staatsmann von den Folgen Lord Irwins hat im klassischen Lande des englischen Parlamentarismus noch eine größere Zukunft.

Lord Irwins Nachfolger, Lord Willingdon, war zuletzt englischer Generalgouverneur, Stellvertreter des Königs, in Kanada gewesen. Er hat dort viele Freunde zurückgelassen, wie überall, wo er als hoher Regierungsbeamter im britischen Weltreich tätig war. Das zeigte sich auch jetzt wieder gleich nach seiner Ankunft in Bombay, wofür der soeben angelommene Lord vor Jahren einmal englischer Distrikts-Gouverneur gewesen war. Gleich den ersten Nachmittag verbrachten Lord und Lady Willingdon im „Willingdon-Klub“, der von dem neuen Vizekönig persönlich gegründet worden war, als er noch Gouverneur in Bombay war. Zahlreiche hohe britische und indische Beamte begrüßten in diesem Klub den neuen Vizekönig als alten Bekannten und Freund, so daß es ein recht herzliches Wiedersehen in Indien gab.

Auch in Neu-Delhi traf Lord Willingdon zahlreiche indische Beamte, die ihm von seiner früheren Tätigkeit in Indien bekannt waren. Ihm zur Seite steht vor allen Dingen Mr. Emerson, ein Verwaltungsbeamter von großem Taft, starker Entschlußkraft und weitem Blick, der in den letzten Jahren Lord Irwins rechte Hand bei allen großen Regierungsgeschäften, vornehmlich auch bei den zahlreichen Verhandlungen mit den indischen Parteien und Führern, zuletzt mit Mahatma Gandhi, war. Ein erprobter Stab hoher Verwaltungsbeamter steht dem neuen Vizekönig zu Diensten.

Die Aufgaben, die Lord Willingdon zu lösen hat, sind außerordentlich schwer. Noch zittert in Indien die Erregung über das Blutbad von Cawnpore nach, bei dem Hunderte von Moham-

edanern von fanatischen Hindus niedergemacht wurden. Wie groß die Gefahr des Bürgerkrieges war, geht daraus hervor, daß Mahatma Gandhi seinen überhitzten Anhängern drohte, freiwillig in den Hungertod zu gehen, wenn die Vergewaltigung von Minderheiten durch seine Anhänger nicht aufhöre. Selbstverständlich lehnt sich die mohammedanische Minderheit nach dem Blutbad von Cawnpore viel mehr als in den letzten Monaten, auch viel entschiedener als auf der Round-Table-Konferenz um die letzte Jahreswende für ihre Sonderrechte ein. Im St. James-Palast hat man ja nur die Richtlinien einer kommenden Indien-Politik in großen Zügen festgelegt und ihre Ausarbeitung im einzelnen weiteren Verhandlungen überlassen. Ueber alle Verwaltungssachen gehen aber, wie zahlreiche Versammlungen und Kongresse, die während der letzten Woche in Indien stattfanden, beweisen, die Meinungen weit auseinander. Vornehmlich tobt jetzt der Streit sehr heftig, ob die Wahlen in den Provinzen und Gemeinden unmittelbar oder mittelbar gefügt werden sollen und wie weit man in der Erteilung des Wahlrechts an die eingeborene Bevölkerung gehen will. Die von der letzten Round-Table-Konferenz eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der Konferenzbeschlüsse wird im Juli d. J. zusammentreten. Erst im September ist mit dem Zusammentritt der Vollkonferenz zu rechnen. Die Arbeiterregierung MacDonald beabsichtigt ursprünglich die Round-Table-Konferenz im Herbst in Indien fortzusetzen und mit einer großen englischen Vertretung, die sich aus allen Parteien zusammensetzen sollte, zu bejahren. Aber heute

Posener Tageblatt

Mit den Beilagen:

Sonntag:	Die Welt der Frau. — Kinderland.
Dienstag:	Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch:	Recht und Steuern.
Donnerstag:	Unsere Heimat.
Freitag:	Aus aller Welt.
Sonnabend:	Der Kulturspiegel.

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbilge „In freier Stunde“ und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

darf als feststehend gelten, daß auch die zweite Round-Table-Konferenz in London stattfindet. Sie unterscheidet sich von der ersten wesentlich dadurch, daß auf ihr die indischen Nationalisten durch Mahatma Gandhi persönlich vertreten werden.

Aus der Republik Polen

Empfang auf dem Schloß

Warschau, 7. Mai. (Fig. Telegr.)

Der Staatspräsident Mosicki empfing gestern auf dem Schloß eine Abordnung der pommerellischen Fischer, die dem Präsidenten einen Bernstein im Gewicht von einem Kilo überreichten. Außerdem empfing der Staatspräsident noch eine Delegation des polnischen Roten Kreuzes und den Vorstand des polnischen Jagtclubs, der den Präsidenten zum Ehrenkommandeur des Klubs ernannte.

Industriestreik in Bielsk

Bielsk, 7. Mai.

Bekanntlich hat die Bielsker Industrie vor einiger Zeit ihren Arbeitern gekündigt und ihnen eine 12prozentige Lohnherabsetzung vorgeschlagen. Vor einigen Tagen wurden Verhandlungen hierüber aufgenommen, auf denen es zu einer Einigung nicht gekommen ist. So ist jetzt in 15 Industriewerken in Bielsk ein Streik ausgebrochen, dem sich in der nächsten Woche alle anderen Industriewerke anschließen sollen.

Hohe Auszeichnung

Während einer Feier im Warschauer Teatr Wielki, zu der auch der Staatspräsident erschien, sind drei hervorragende polnische Musiker, R. Kórci, H. Fitelberg und A. Szymonowski, mit goldenen Verdienstkreuzen ausgezeichnet worden.

Die „Rote Fahne“ verboten

Pr. Berlin, 7. Mai.

Der Berliner Polizeipräsident hat die kommunistische Zeitung „Rote Fahne“ auf vierzehn Tage verboten. Das Verbot ist wegen eines Artikels mit der Ueberschrift „Zwei Jahre Rotfrontkämpfer-Verbot“ erfolgt, in dem eine Beschimpfung und Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform erblickt wird.

Deutsche und englische Schiffe

Pr. Berlin, 7. Mai.

Wie aus London berichtet wird, hat der Marineminister Alexander einen Besuch der englischen Flotte in Kiel angefragt. Er sprach hierbei die Hoffnung aus, daß, nachdem zwei englische Kriegsschiffe in Kiel einen demonstrativen Besuch abstaten würden, auch deutsche Schiffe nach England kämen, sobald die Fahrdispositionen der deutschen Flotte dies zuließen.

Deutsches Reich

Der Mörder des Gelbbriefträgers in Genua verhaftet

Genua, 7. Mai. (N.) Der Berliner Raubmörder Reins ist gestern abend im Hotel „Excelsior“ zusammen mit seinen beiden Schwestern verhaftet worden. Reins, der erst vor zwei Tagen im „Excelsior“ abgetrieben war, blieb bei seiner Verhaftung völlig ruhig. Wie vom Hotel verifiziert wird, hat er in den letzten beiden Tagen eifrig nach einer möblierten Wohnung gesucht und war im Begriff, einen dreimonatigen Mietvertrag zu unterschreiben. Nach Zeitungsmeldungen hat sich Reins auf der Polizei als Ernst Reins aus Berlin, 25jährig, legitimiert, er leugnet aber entschieden, aus Berlin zu kommen und der Täter des Verbrechens an dem Gelbbriefträger zu sein.

Berlin, 7. Mai. (N.) Ueber die Verhaftung des Mörders Reins lagen bis 10 Uhr vormittags bei der Leitung der Berliner Kriminalpolizei noch keinerlei Meldungen vor, obwohl man sich während der ganzen Nacht bemüht hat, aus Genua eine bestimmte Nachricht zu erhalten. Im Polizeipräsidium Berlin ist man der Ansicht, daß die Meldung über die Verhaftung des Reins stimmen dürfte, daß aber eine Befragung erst gegeben werden könne, wenn ein von der Polizeidirektion Genua aufgegebenes Telegramm in Berlin eingetroffen sei. Wie der römische Korrespondent des D. B. erfährt, ist ein solches Telegramm in der Tat bereits abgegangen und muß noch im Laufe des Vormittags eintreffen.

Das Wilson-Denkmal

Am 27. Juni sollte in Polen die Enthüllung des Wilson-Denkmal stattfinden. Inzwischen ist beim Magistrat eine Depesche aus Chicago eingelaufen, in der Paderewski um Vertagung der Festlichkeiten auf den 4. Juli, der bekanntlich der amerikanische Nationalfeiertag ist, bittet. An diesem Tage soll außer Paderewski auch General Pershing, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Weltkrieg, hier eintreffen.

Urlaub

Der Leiter des Finanzministeriums, Oberst Matuzewski, hat einen einwöchigen Urlaub angetreten. Er wird vom Vizeminister Koc vertreten.

Verurteilt

Gdingen, 6. Mai. (Pat.) Heute hat das hiesige Gericht den Rechtsbeirat des Seemanns, Janusz Jalewski, wegen Betrügereien zum Schaden seiner Bekannten und Büroliegen sowie wegen Fälschung eines Schreibens des Seemanns, auf Grund dessen er im Dezember 1929 einen Auslandspaß erhalten hatte, zu 1½ Jahren schweren Ketters mit 5jährigem Ehrverlust verurteilt.

Die Neke tritt aus den Ufern

Infolge der letzten Niederschläge ist die Neke in der Nähe von Morszewo über ihre Ufer getreten und hat die niedrigen gelegenen Felder in einer Breite von über 300 Metern überflutet.



Von der Konferenz der Kleinen Entente

Von links nach rechts: Der Außenminister Fürst Gika (Rumänien), Benesch (Tschechoslowakei) und Marinkowitsch (Jugoslawien) beim Verlassen des Konferenzgebäudes in Bukarest. In der rumänischen Hauptstadt trafen die drei Außenminister der Kleinen Entente zu einer Besprechung zusammen. Auf dem Programm stand u. a. das Problem der deutsch-österreichischen Zollunion und die Frage der Präferenzzölle.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jurisch, für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal, für die Welt: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch, für den abendlichen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: Die Zeit im Bild: Alexander Jurisch, für den Anzeigen- und Stellamenten: Hans Schwarzkopf, Verlag „Posener Tageblatt“, Druck: Concordia Sp. A. G., Stettin in Polen, Zwieramietzka 4.

Damen- u. Herren- **H ü t e** sowie sämtliche **Herrenartikel** Svenda i Drnek, Poznań, Stary Rynek 48.

Die letzten Telegramme

Der indische Bonkott

London, 7. Mai. (N.) Die englischen Baumwollspinner schloßerten der Regierung gestern die ungünstige Lage der englischen Baumwollindustrie infolge des Bonkotts der englischen Baumwollwaren durch die Bevölkerung Indiens. An der Besprechung nahmen teil der englische Innenminister, der Handelsminister sowie der Minister für Indien. Die Vertreter der Baumwollspinner erklärten, daß bei Fortdauer des indischen Bonkotts in einigen Wochen mehr als die Hälfte der englischen Baumwollarbeiter ohne Beschäftigung sein werde. Die Delegation verlangte scharfe Maßnahmen der Regierung zur Aufhebung des indischen Bonkotts der englischen Waren. Auch das englische Parlament wird sich in der nächsten Woche mit der indischen Bonkottbewegung beschäftigen.

Ein Brand durch Explosion von Nitroglyzerin gelöscht

Gladewater (Texas), 7. Mai. (N.) Ein Brand, der vor neun Tagen in einem Petroleumgeschäft der Sinclair Oil Co. im Anschluß an eine Explosion ausgebrochen war, die zehn Arbeitern das Leben kostete, ist jetzt dadurch gelöscht worden, daß man eine Ladung Nitroglyzerin zur Explosion brachte. Die Explosion des Sprengstoffs rief eine erdbebenähnliche Erschütterung hervor.

Die englische Grundbesitzersteuer

London, 7. Mai. (N.) Im englischen Abgeordnetenhaus wurde die neue englische Grundbesitzersteuer mit 289 gegen 230 Stimmen angenommen. Diese Steuer war von dem Finanzminister Snowden beantragt worden und soll zur Deckung des Rehlbeitrages im englischen Staatshaushalt her-

angezogen werden. Das Gesetz sieht vor, daß der Grundbesitz in England neu eingeschätzt wird. Die Liberalen stimmten für die Regierung. Der liberale Parteiführer Lloyd George, der als Minister schon im Jahre 1909 die Einführung einer Bodensteuer in England beantragt hatte, setzte sich in der Aussprache sehr eifrig für die Annahme der Vorlage ein. Die Konservativen bekämpften das Gesetz sehr scharf. Einer ihrer Vertreter erklärte, daß die Neueinschätzung des Grundbesitzes höhere Ausgaben verursachen würde, als Einnahmen aus der Steuer zu erwarten seien.

Waghorn seinen Verletzungen erlegen

London, 7. Mai. (N.) Waghorn, der Sieger im letzten Wettbewerbs der Wasserflugzeuge um den Schneiderpokal, der vor einigen Tagen beim Ausprobieren einer Maschine für Kunstflüge abstürzt war, ist heute seinen Verletzungen erlegen.

Uhrenbergs Suche nach Courtauld

Angmagasliit (Grönland), 7. Mai. (N.) Uhrenberg ist in Begleitung des englischen Fliegers Cozens hier gestartet. Er landete drei Stunden später auf dem Inlandeis, von wo aus die Nachforschungen nach Courtauld ihren Anfang nehmen werden, sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten.

Erdbeben in Neuseeland

Wellington, 7. Mai. (N.) Auf Neuseeland wurden neue schwere Erdstöße gefürchtet. In der Stadt Gisborne im Norden des Landes wurde eine größere Anzahl von Gebäuden zerstört oder beschädigt. Soweit bisher bekannt geworden ist, sind Menschenleben nicht zu beklagen. Die neuen Erdstöße wurden in einer Gegend wahrgenommen, die nicht weit von dem früheren Erdbebengebiet liegt.

